

Der Grundstein

Wochenblatt des Deutschen Baugewerksbundes

für Werkmeister, Gesellen, Lehrlinge und Hilfsarbeiter in Maurern, Betons- und Erdbauarbeiten, in der Kachelofen- und Steinzeugindustrie, in Scheibenspönerien und Glasereien, für Gipser, Putzer, Stukkateure, Asphaltierer, Fliesenleger, Ofenbauer, Glaser aller Art, Steinholz- und Terrazzoarbeiter

Das Blatt erscheint wöchentlich Sonnabends Monatsbezugspreis 1 Reichsmark (ohne Bestellgeld) Bestellungen nur durch die Post Schluß des Blattes: Donnerstags mittags

Herausgegeben vom Deutschen Baugewerksbund Hamburg 25, Wallstr. 1

Preis für Geschäftsanzeigen die zehngespaltene Millimeterzeile 1,25 M. Bei größeren Abschläffen Rabatt, der nur als Kaszarabatt gilt. Arbeitsmarkt die dreigespaltene Kleinzeile 3 M. Anzeigen der Baugewerkschaften Zeile 50 A.

Die Arbeitskrise im Baugewerbe.

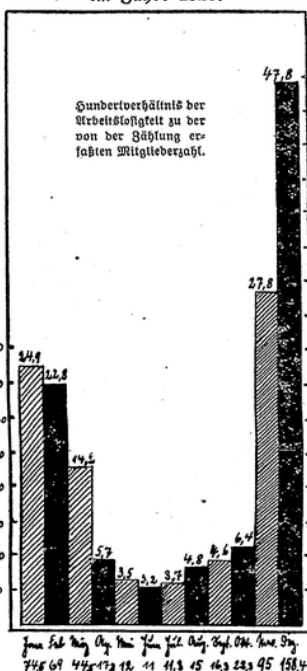
Die furchtbare Wirtschaftskrise wirkt sich in unheimlicher Weise auch im deutschen Baugewerbe aus. Notgedrungen — nicht dem eigenen Triebe folgend — mußten unser Bundesvorstand und beirat die Sätze und Dauer der Erwerbslosenunterstützung im Baugewerksbunde bedeutend herabsetzen. Diese Arbeitskrise im Baugewerbe ist nicht etwa allein durch den Winter verschuldet. Der trägt nur zum Teil zu der großen Arbeitslosigkeit bei; dem Winterrost ist schon längst gelinde Witterung gefolgt. Der Hauptgrund dieser Krise liegt in der schmerzlichen Langsamkeit bei der Flüssigmachung von Mitteln zur Förderung des Wohnungsbaues, nicht zuletzt aber auch in dem alten Schendrian der Bauausführung selbst, der es nicht zuläßt, sich aufzuraffen und dafür zu sorgen, Instandsetzungs- und Innenbauarbeiten auch im Winter auszuführen. Die Regierungsstellen sind schon längst überzeugt, daß mit dem bisherigen Schendrian ausgeräumt werden müsse; weniger deshalb, um das Arbeitsverhältnis der Bauarbeiter stabiler zu gestalten, sondern um die „Unternehmerfrage“ zu beseitigen, die gelehrten Bauarbeiter würden im Sommer zu knapp werden, wodurch die Bautätigkeit ins Stocken geraten könnte. Denn die Unternehmer haben in dieser Richtung den Regierungsstellen schon vielfach die Hölle heiß gemacht, sie verlangten schon vor 2 Jahren die konzessionierte massenhafte Einführung ausländischer Bauarbeiter; sie verlangten immer wieder verlängerte Arbeitszeit, verärgertes Einstellen von Lehrlingen und die Ausbildung erwachsener Arbeiter — auch aus andern Gewerben — in den Bauwerkern. Der Zweck all dieser Uebungen war, ein Ueberangebot von Facharbeitern im Baugewerbe zu schaffen, um den Bauarbeitern nachhaltiger den Daumen aufs Auge drücken zu können.

Die Bestrebungen der Bauunternehmer konnten zum großen Teil durch die Wachsamkeit der Bauarbeiterorganisationen abgewehrt werden. In der Frage der Lehrlingsausbildung konnten die Unternehmer allerdings mit Hochdruck arbeiten. Nach Feststellungen des Zinnungsverbandes deutscher Baugewerksmeister gab es im Oktober 1925 in Deutschland mindestens 40 000 baugewerbliche Lehrlinge. Damit wäre die Zahl der Lehrlinge aus der Vorkriegszeit bedeutend überfüllt. Dies bestätigte auch schon am 28. Dezember 1924 der Präsident der Hanoverschen Kammer Berlin, K a r l L ü b e r t, in „Berliner Tageblatt“, für das er schrieb, die Zahl der Lehrlinge habe die der Vorkriegszeit längst überschritten. Ob bei solcher Massenausbildung von Lehrlingen nun auch wirklich ein tüchtiger gewerblicher Nachwuchs entsteht, das ist allerdings eine andere Frage.

Doch kehren wir zu dem Ausgangspunkt unserer Betrachtungen zurück. Wir sagten, der Schendrian, die im Winter ausführbaren Bauarbeiten zu unterlassen, verschulde zu einem starken Teil die heute vorhandene Arbeitslosigkeit im Baugewerbe. Da ist es angebracht, wieder einmal die vor ungefähr Jahresfrist erschienenen Bestimmungen des preussischen Wohnungsbauamts in Erinnerung zu rufen. Sie lauteten:

1. Bei dem mit öffentlichen Mitteln unterstützten Kleinwohnungsbau ist eine unnötige Zusammendrängung der Bauausführungen zu vermeiden. Deshalb sind die aus dem Hauszinssteueraufkommen allmählich fließenden Mittel zur Förderung der Neubautätigkeit (Hauszinssteuerzuschüsse) je nach ihrem Aufkommen sofort in vollem Umfang und auf schnellstem Wege dem Baumarkt zuzuführen.
2. Die Baupolizeibehörden sind anzuweisen, Instandsetzungsarbeiten, die auf Grund baupolizeilicher Verfügungen vorzunehmen sind, tunlichst, nämlich soweit Gefahr nicht im Bezug ist und die baupolizeilichen Erwägungen es auch sonst zulassen, nicht während der Hauptbauzeit zu fordern.
3. Durch Verhandlung mit den Provinzen, Kreisen und Gemeinden ist in geeigneter Weise darauf hinzu-

Die Arbeitslosigkeit unter den Bundesmitgliedern im Jahre 1925.



Ohne umständlicher Erläuterungen zu bedürfen, zeigt unser Schaubild, wie schwer die baugewerbliche Arbeiterchaft im Jahre 1925 von der Arbeitslosigkeit betroffen wurde. Unter der Monateinteilung ist die Zahl der arbeitslos gemeldeten Bundesmitglieder in Mitgliederhundertausenden angegeben. Die seitlich jenseitige Zahlenreihe zeigt von 10 zu 10 tausend die Zahl der von Arbeitslosigkeit betroffenen Mitglieder. Die Monatskäulen geben das Sunderverhältnis der gemeldeten Arbeitslosigkeit zu der von der Zählung erfaßten Mitgliederzahl wieder. Der Darstellung liegen die jeweils am letzten Montag im Monat berichteten Arbeitslosenzahlen zugrunde.

wirken, daß Bauarbeiten jeder Art an ihren Gebäuden zweckmäßig über das ganze Jahr verteilt werden.

4. Die örtlichen Arbeitgeberverbände sind auf die Bereithaltung einer ausreichenden Zahl von Lehrstellen und auf engstes Zusammenarbeiten mit den Berufsberatungstellen nachdrücklich hinzuweisen.

Dieser Erlass des preussischen Wohlfahrtsministers hat bei den in Betracht kommenden Stellen nicht die geringste Beachtung gefunden. Denn neuerdings muß wieder einmal „amtlich“ mitgeteilt werden, die Arbeitslosigkeit im Baugewerbe habe einen bedrohlichen Umfang erreicht; die schlechte Lage ließe sich jedoch bessern, wenn Bauarbeiten, die schon jetzt ausführbar seien und doch bald ausgeführt werden müßten, sofort in Angriff genommen würden. Es wurde hingewiesen auf Instandsetzungsarbeiten und Reparaturarbeiten im Innern der Gebäude, die von der Witterung nicht allzusehr beeinträchtigt würden. Die schnellste Aufnahme dieser Arbeiten läge im Interesse aller Beteiligten. Im Sommer träten erfahrungsgemäß durch die starke Inanspruchnahme der Facharbeiter bei Instandsetzungs- und Reparaturarbeiten Verzögerungen ein. Dies träge jetzt nicht zu, da ein Ueberangebot von Bauarbeitern vorhanden sei. Würde dem amtlichen Rat gefolgt, so würden sich auch die Kosten der Erwerbslosen-

fürsorge vermindern. Dieser Gesichtspunkt müsse für Reich, Länder und Kommunen, soweit sie Bauarbeiten zu vergeben haben, von ausschlaggebendem Interesse sein.

Ganz recht: die Arbeitslosigkeit im Baugewerbe hat einen bedrohlichen Umfang erreicht. Wir befinden uns in dieser Auffassung mit den amtlichen Stellen in erfreulicher Uebereinstimmung. Und da wir kein Freund von bloßen Behauptungen sind und solche auch gern beweisen, sei an dieser Stelle aus unsern wöchentlichen Erhebungen über den Umfang der Erwerbslosigkeit in den letzten Monaten nachstehend ein Auszug wiedergegeben:

Tag	Mitglieder des D. B. G. in Prozenten	In Prozenten	Maurer-Veren
	von Gesamt-	mitgliederbestand	arbeitslos
1925 2. November	25 788	7,41	7 092
9. "	30 955	8,93	9 259
16. "	39 191	11,44	13 652
23. "	49 782	14,56	19 361
30. "	94 988	27,76	49 349
7. Dezember	129 985	38,91	63 462
14. "	148 970	44,68	74 245
21. "	160 195	48,80	81 213
28. "	158 439	47,79	80 541
1926 4. Januar	152 984	45,74	76 573
11. "	152 164	45,45	77 197
18. "	168 687	52,36	86 646
25. "	168 874	52,06	85 803
1. Februar	150 683	46,96	77 979
8. "	142 824	44,79	74 615

Was sagt diese statistische Aufstellung? Daß Tausende und aber Tausende gelernter Arbeitskräfte des Baugewerbes monatelang brachliegen, trotz grimmigster Wohnungsnot. Für Augenstehende sei bemerkt, daß außer den hier zahlenmäßig aufgeführten arbeitslosen Maurern noch Tausende anderer im Baugewerksbund organisierter baugewerblicher Facharbeiter, wie Bauwerkmeister, Stukkateure, Ofenbauer, Fliesenleger, Glaser usw. im ganzen Winter ohne Beschäftigung waren und noch heute sind. Und die hier veröffentlichte Statistik erstreckt sich wohlverstanden nur auf die Mitglieder des Baugewerksbundes; die Mitglieder des Zimmerer- und des Malerverbandes, des Dachdeckerverbandes, des christlichen Bauarbeiterverbandes, der Sonderorganisationen im Baugewerbe und die Unorganisierten sind an dieser Zählung nicht beteiligt. Trotzdem wirkt unsere Statistik ein großes Mißtrauen auf die Arbeitslosigkeit im Baugewerbe, sie ist ein sicherer Maßstab an der Gesamtbeschäftigung in den Bauberufsgruppen.

Wirkt unter solchen Umständen das beharrliche Verlangen der baugewerblichen Unternehmerorganisationen nach einer starren Verlängerung der Arbeitszeit im Baugewerbe nicht geradezu lächerlich? Wäre nicht an ganz anderer Stelle der Hebel anzusetzen, um dem schon so oft an die Wand gemalten Bauarbeitermangel im Baugewerbe zu begegnen? Man verteilte nur die Arbeit nach den amtlichen Anweisungen, dann wäre ein Bauarbeitermangel nie und nimmer vorhanden. Uebrigens war ein solcher bisher auch nicht nachweisbar, trotz der Nichtachtung der Anweisungen und Mahnungen amtlicher Stellen. Zu keiner Stunde waren in den Jahren 1924/25 alle dem Baugewerksbunde angehörenden Bauarbeiter beschäftigt! Immer mehr zählen wir arbeitslose Bauarbeiter! Und trotzdem verlangen die Unternehmer des Baugewerbes die Verlängerung der täglichen Arbeitszeit. Das Zugeständnis unserer Unterhändler bei den Reichstagsvertragsverhandlungen, Ueberstunden mögen zulässig sein, jedoch nur mit Zustimmung der örtlichen oder bezirkslichen Organisationsvertreter, wenn wirklich einmal ein zeitlich nicht behobbarer Mangel an Arbeitskräften die Einstellung weiterer Arbeitskräfte unmöglich mache, wurde von den Unternehmervertretern bisher glatt abgelehnt. Sachliche Gründe für ein solches Verhalten liegen nicht vor. Die wirklichen Gründe liegen in der politischen Einstellung der Bauunternehmer, die, gedrängt von den

Unternehmern der Schwerindustrie, dem vertrackten Achtstundentag im Baugewerbe unter allen Umständen den Garaus machen wollen. Dieses Vorhaben läßt ihnen keine Ruhe. Und da die baugewerblichen Arbeiterorganisationen in dieser Frage, vor allem aus volkswirtschaftlichen Gründen, nicht nachgeben, so sucht man nunmehr die Gesetze in die Wege zu steuern. Im Hauptauschuß des preussischen Landtages forderte am 20. Februar der Volksparteiler Grundmann, seines Zeichens Syndikus des Arbeitgeberbundes für das Baugewerbe, für den Sommer allen Ernstes eine gesetzliche Verlängerung der Arbeitszeit im Baugewerbe. Hoffentlich läßt man Herrn Grundmann mit diesem Vorstoß runterstumpfen. Denn was wäre denn die Folge — vorausgesetzt, daß dann mehr Arbeit geleistet würde —, wenn man dem Verlangen des Herrn Grundmann nachgäbe? Die Arbeitskraft der Bauarbeiter würde im Sommer noch mehr ausgepumpt, die Wintermonate brächten eine noch stärkere Arbeitslosigkeit und damit eine noch härtere Belastung der Erwerbslosenfürsorge. Was die Unternehmer da wollen, ist — volkswirtschaftlich betrachtet — Unsinn. Aber auch ein solcher Unsinn könnte leicht im Reichstag oder preussischen Landtag Gesetz werden, wenn die Arbeitervertreter in den Parlamenten nicht aufpassen. Es könnte sich aber auch ein Minister finden, der aus Gefälligkeit gegen die Unternehmer solchen volkswirtschaftlichen Unsinn unterstützt und eine entsprechende Verordnung erläßt.

Unsere Vertreter bei den Reichstagsvertragsverhandlungen taten recht daran, als sie eine starre Verlängerung der Arbeitszeit im Baugewerbe ablehnten. Ihr von uns vorher geschildertes Entgegenkommen in dieser Frage ist vernunftgemäß und erscheint vollkommen ausreichend. Leider liegen — wie schon angedeutet — die Gründe für das Verhalten der Bauunternehmer tiefer. Ihre Bestrebungen sind arbeiterfeindlicher Natur. Unsere Vertreter aber wirkten für das Allgemeinwohl. Das glauben wir mit diesem Aufsatze nachweisen zu haben. Aber ist einer da, der unsere Darlegungen und Folgerungen mit sachlichen Gründen widerlegen kann?

Die Bauaussichten für Groß-Berlin.

Ansicht des Oberbürgermeisters. — Herr Haberland. — Wie Herr Mielenz ein „Interview“ auffaßt. — Der Wähler der Ziegeli-Syndikate.

Die Schriftleitung des „Berliner Tageblattes“ hat bei Berliner händlichen Körperkassen und in Bauunternehmerkreisen Umfrage gehalten wegen der Aussichten auf dem Baumarke in diesem Jahre in Groß-Berlin. In der Morgenausgabe des Tageblattes vom 20. Februar sind die Antworten enthalten. Der Oberbürgermeister Böß sagte unter anderem:

„Es ist, um der Wohnungsnot einigermaßen entgegenzutreten, augenblicklich kein anderes Mittel zu finden als die Reduzierung des Baumarcktes mit Hypotheken aus der Hauszinssteuer und in bestimmten Fällen mit städtischen Zuschusshypotheken. Wir hoffen, daß auf diesem Wege der Baumarck noch in Zukunft erheblich mehr belebt werden kann, wenn der Landtag den Beschlüssen seines Hauptauschusses zum Hauszinssteuergesetz zustimmt, wonach die Hälfte des Steuerzuflusses für Neuhauszwecke zu verwenden ist, und die Gemeinden besser bedacht werden sollen als bisher. Auch das ist, um das Wohnungsbedürfnis zu befriedigen, bei weitem nicht ausreichend. Es werden erheblich darüber hinausgehende Aufwendungen von Reich und Staat nötig. Wenn man sich nicht dazu entschließen will, Gelder für die Verbesserung der Baulastigkeit vom Ausland aufzunehmen — was wohl im Augenblick das Empfehlenswerteste wäre —, so bliebe nichts weiter übrig, als daß Reich und Staat an anderen Stellen so große Ersparungen eintreten lassen, daß für Berlin etwa weitere 100 Millionen oder wenigstens größere Teilbeträge davon jährlich zur Verfügung gestellt werden können. Zu diesem Zwecke muß eine gründliche Verwaltungsreform eintreten, wie sie schon längst hätte herbeigeführt werden müssen. Das gilt natürlich auch für die Gemeinden, aber die dahingehenden Bestrebungen haben leider überall auf Schwierigkeiten. — Auch die Regierung kann nicht, wie sie will, über jedenfall muß man geltend machen, daß das flache Land bezüglich der Zusammenzüge für den Wohnungsbau gegenüber den Großstädten allzu sehr bevorzugt wird. Besonders Berlin wird dabei dauernd benachteiligt. Man steht in der Regierung auf dem durchaus ernstzunehmenden Standpunkt, daß das Anwachsen der Großstädte — Berlin hat seit 1920 um 300 000 Einwohner zugenommen — eine starke Einbuße an Volkskraft zur Folge hat. Das ist zweifellos richtig, aber es wird nicht dadurch besser, daß zu wenig Wohnungen gebaut werden. Solange die Menschen des Ortes sind, daß sie in der Großstadt mehr und leichter Geld verdienen und daß sie da besser leben als auf dem Lande, besonders aber, daß sie hier mehr Freiheit und einen größeren Genuß vom Leben haben, solange wird sich der Zustrom nach der Großstadt nicht ändern. Es geht also nicht anders, als daß so viele Wohnungen wie irgend möglich gebaut werden. Vor allem aber billige Wohnungen. Der Wohnungsbau

ist augenblicklich viel zu teuer. Wenn es nicht gelingt, billigere Wohnungen herzustellen als jetzt, dann bleibt eben nichts anderes übrig, als daß der sogenannte kleine Mann die teurere Wohnung mit in Kauf nimmt und seine übrige Lebenshaltung entsprechend reduziert.“

Aus den Ausführungen des Herrn Haberland, einem der größten Bauunternehmer Berlins, geht hervor, daß er keine begründeten Hoffnungen zu der Annahme hat, dieses Jahr werde eine lebhaftere Bautätigkeit als das Vorjahr bringen. Auch Haberland tritt dafür ein, ausländisches Kapital für die Bautätigkeit heranzuziehen. Ueberhaupt geht aus allen Äußerungen hervor, daß große Hoffnungen auf eine nachhaltiger Belebung des Berliner Baumarcktes nicht vorhanden sind. Es wird gesagt, in Groß-Berlin fehlten 150 000 Wohnungen, es müßten mindestens jährlich 40 000 Wohnungen in Berlin gebaut werden, um in absehbarer Zeit wieder zu normalen Wohnungsverhältnissen zu kommen.

Der Oberbürgermeister Dr. Böß sagt, das Bauen müsse verbilligt werden. Vorichtig sagt er nicht, wo dabei der Hebel anzusetzen ist. Doch diesen haben wir im Namen seiner Weise der Geschäftsführer Mielenz vom Verband Berliner Baugeschäfte weiter. Dieser Herr nimmt es in seiner „Auskunft“ an das „Berliner Tageblatt“ überhaupt nicht mit der Wahrheit genau. Er klagt wohl über die hohen Kosten der Baumaterialien, aber vor allem über die „hohen Löhne“ der Bauarbeiter. Wie ginge es auch bei einem professionierten Sachwalter der Unternehmerinteressen anders! Hielt sich Herr Mielenz dabei an die Wahrheit, so könnte man das allenfalls durchgehen lassen. Von einem Unternehmervertreter wäre nicht mehr zu erwarten. Aber der Herr genießt sich nicht, zur Freiführung der öffentlichen Meinung die Wahrheit zu sagen! Daß der Herr erklärt, die Löhne seien „um 1. März gekündigt“, muß schon deshalb Verwunderung erregen, weil er eigentlich doch wohl wissen müßte, daß alle Lohnabmachungen erst zum 31. März gekündigt werden können. Herr Mielenz bringt diese Kündigung — man merkt die Absicht! — in Zusammenhang mit den „hohen Löhnen“ der Bauarbeiter Berlins, die nach seiner Angabe bei den Mauern vor dem Kriege 66, 70 und 72 1/2 die Stunde betragen hätten, während heute der „Durchschnittslohn“ 1,25 M betrage. Mit dieser „Auskunft“ hat Herr Mielenz die Wahrheit größtenteils gefälscht. Und aneinander wider besseres Wissen. In Berlin ist der Spitzenlohn den Lohn der Maurer 1,25 M. Vor dem Kriege (im Jahre 1914) aber betrug der Stundenlohn der Maurer in Berlin in der Spitze 84 1/2 und nicht 72 1/2. Das ist ein ganz wesentlicher Unterschied; denn die echte Zahl besagt, daß heute der Stundenlohn des Berliner Maurers gerade so recht und schief mit dem amtlichen Teuerungszindex konform geht; dabei ist aber zu beachten, daß dieser Index der Wirklichkeit nicht entspricht und — wie wir schon früher nachgewiesen haben — zu ungunsten der Arbeitelöhne gefälscht ist. (Vor allem sind darin die Wertsteigerungen vielfach zu niedrig eingerechnet.) Auch ist zu beachten, daß heute die Arbeitswoche in Berlin 7 Stunden länger ist als vor dem Kriege, wodurch gleichfalls das Realeinkommen des Arbeiters gefälzt erscheint. Wenn aber Herr Mielenz mit seinen Angaben über Maurerlöhne den Durchschnitt in Deutschland (nicht in Berlin) meinen sollte, so wäre auch dies größtenteils falsch; denn der Durchschnittsmurerlohn in Deutschland war im November 1925 107 1/2. Und dieser Durchschnitt trifft nur zu auf die Spitzenlöhne in 80 Lohngebieten; der wirkliche Durchschnittslohn aller Maurer ist wesentlich niedriger. Herr Mielenz als Gutachter für ein ernstes demokratisches Blatt hat also die Wahrheit größtenteils umgeben. Doch er schimpft auch — kaum zu glauben! — über die Affordarbeit, indem er sagt, gelernte Maurer verdienen in Afford 3 bis 3,50 M die Stunde. Möglich, daß es bei besonders günstiger Arbeit mal vorübergehend solche Stundenverdienste gibt, aber solche Ausnahmeverdienste glatt als Regel hinzustellen, das ist denn doch ein hartes Stück! Wir haben nichts dagegen, wenn Herr Mielenz die Affordarbeit diskreditiert. Aber von seinem Standpunkt aus sollte er doch ganz zufrieden sein, daß es solche Affordarbeiter in Berlin gibt, sie kämen ja dem Unternehmer billiger als langweiliger Arbeiter und müssen für den höheren Lohn auch entsprechende Mehrarbeit leisten. Und da Herr Mielenz nach berühmten Mustern bei Wiederaufnahme der Bauarbeiten einen „Mangel an Facharbeitern“ voraussetzt, so sollte er solche Affordarbeiten erst recht begrüßen. Aber dem Herrn ist es ja nur darum zu tun, dem aufstauenden Substrat die „hohen“ Bauarbeiterlöhne als „abstrebendes Beispiel“ vorzuführen und die öffentliche Meinung schon jetzt durch Verbrechung der Wahrheit bei etwa kommenden Lohndifferenzen — sagen wir — zu beeinflussen.

Recht interessant ist, was das „Berl. Tgl.“ mittelst über eine von den Baugeschäften Groß-Berlins angestrebte Waukostoffverbilligung. Man wollte eine Verbilligungsstelle einrichten, dies ist jedoch gescheitert an dem Widerstand der Händler. Inzwischen — so wird gesagt — dürften die Wauffeine billiger werden, weil die Ziegelleien immer mehr den Händler ausgliedern. Auch wird ausgeführt, der geplanten Konvention der Ziegelleien ständen gerade die größten, modern eingerichteten Ziegelleien ablenkend gegenüber. Der Direktor einer großen märkischen Ziegellei habe erklärt, er lasse sich nicht zwingen, seinen Betrieb zu verkleinern, um den Preis zu verteuern. Dieser Ausspruch leuchtet hell in die Absichten solcher Vereinigungen: Profitfinden um jeden Preis auf Kosten der Gesamtheit nach dem Motto: „Kleiner Umsatz, großer

Umsatz!“ Das „Berl. Tgl.“ sagt auch, in Süddeutschland habe das Syndikat eine modern eingerichtete Ziegellei, die das Tausend Steine um 10 M billiger liefern wollte, gezwungen, die Preise zu erhöhen und die Produktion einzuschränken! Da haben wir es, wo die wirklichen Ziegelleier des Bauens sitzen! Hier sollte es gelten, mit allen Mitteln einzugreifen und dem allgemeinfeindlichen Streben der Syndikate das Handwerk zu legen! Hier mit einem Preisabgabegesetz, mit einer Kontrolle des Preisgebarens dieser Betriebe und Festsetzung ihrer Lieferpreise von Reichs wegen! Vor dem Kriege betrug nach der „Sozialen Bauwirtschaft“ der Lohnanteil am Bauwerk 60 bis 75 %, heute beträgt er ungefähr 35 %. Das sagt alles. Darum jetzt dort an, wo es nötig ist. Würgelt nicht an den Löhnen der Arbeiter herum, sondern sorgt dafür, daß die häßlichen, volksfeindlichen Auswüchse des Kapitalismus verschwinden! Aber dazu fehlt die Courage. Leichter erscheint es, die Arbeiterlöhne zu freisen und darauf die „Öffentlichkeit“ zu beschiffen, sei es auch unter Verbrechung der Wahrheit und mit dem „Erfolg“, die Kaufkraft der breiten Massen noch mehr herabzudrücken und dadurch das deutsche Wirtschaftslieben vollständig zu ruinieren!

Erleichterung der Erstattung zweier gezahlter Lohnsteuer.

Der Reichstag hat am 20. Februar den Entwurf eines Gesetzes zur Herabsetzung der Lohnsteuer angenommen. Das Gesetz geht aus den sozialdemokratischen Anträgen aus, den wir in der vorigen Nummer des „Grundstein“ erwähnten. Es vereinfacht erstens die Anträge auf Erstattung der Werbungskosten und zweitens die Anträge auf Erstattung wegen Verdienstausfalls im Kalenderjahr 1925. Im ersten Falle bringt das Gesetz eine Zusammenziehung der Werbungskosten und Sonderleistung. Wenn der Betrag hierfür 40 M übersteigt, können Anträge auf Erstattung dieses steuerfreien Betrages gestellt werden. Diese Bestimmung tritt erst im Kalenderjahr 1927 in Kraft, kommt also für die diesjährige Steuererstattung noch nicht in Betracht.

Von großer gegenwärtiger Bedeutung ist die Vereinfachung des Verfahrens bei den Anträgen auf Erstattung zweier gezahlter Lohnsteuer wegen Verdienstausfalls durch Erwerbslosigkeit, Krankheit, Streik, Aussperrung usw. Infolge der dreimaligen Änderung der Lohnabgabebestimmungen im vergangenen Jahre hatte sich hier ein unübersichtlicher Zustand herausgebildet. Die Erstattungsrechnungen waren so schwierig, daß selbst die Finanzämter sie nicht richtig anwenden und viele Steuerpflichtige durch falsche Berechnungen geschädigt worden sind. Die bei den Anträgen einzureichenden Unterlagen waren so umfangreich zu beschaffen, daß vielen die Ausübung ihres Antruchs unnötig erschwert oder gar unmöglich gemacht wurde.

Gegenüber dem bisherigen Zustand bringt nun das neue Gesetz folgende grundsätzliche Vereinfachung: Wähler wurde der Erstattungsbeitrag erst nach genauer Ermittlung des verdienten Lohnes und der gezahlten Steuer in jedem Fall besonders berechnet, und zwar entsprechend den drei im vergangenen Jahr in Geltung gewesenen Bestimmungen auf dreierlei Art. In Zukunft ist nur noch eine Erstattungsrechnung erforderlich, und zwar nicht mehr für jeden Fall besonders, sondern an Hand von Pauschbeträgen, die keine Rücksicht auf die Höhe des Lohnes nehmen und nur nach dem Familienstand des Steuerpflichtigen abgestuft sind. Für jede volle Woche des Verdienstausfalls wird erstattet:

- a) bei einem ledigen, kinderlos verheirateten oder kinderlos verwitweten Arbeitnehmer einen Betrag von 2 M,
- b) bei einem verheirateten oder verwitweten Arbeitnehmer mit einem oder zwei minderjährigen Kindern einen Betrag von 2,50 M,
- c) bei einem verheirateten oder verwitweten Arbeitnehmer mit mehr als zwei minderjährigen Kindern einen Betrag von 3 M.

Hierbei werden 8 volle Stunden einem Tag, 6 volle Tage einer Woche und 4 volle Wochen einem Monat gleichgestellt. Für den Familienstand ist der Stand vom 10. Oktober 1925 maßgebend.

Die Vorteile dieser neuen Bestimmungen sind: 1. Der Steuerpflichtige braucht keine Bescheinigung mehr über die Höhe des verdienten Lohnes; 2. er braucht nur noch eine Bescheinigung über die Dauer des Verdienstausfalls; 3. er braucht keine Hauszettel. Eine weitere Vereinfachung besteht darin, daß als Nachweis des Verdienstausfalls bei Krankheit eine Bescheinigung der Krankenkasse, bei Erwerbslosigkeit, Aussperrung oder Streik die Erwerbslosenkontrollkarte, eine Bescheinigung der Erwerbslosenfürsorge, des Unternehmers, insbesondere aber des Berufsbekandes anerkannt wird. Dagegen hat sich nicht vermeiden lassen, daß die viertheiligen Erstattungen beschränkt wurden, so daß künftig nur noch Anträge für das ganze Jahr gestellt werden können.

Das Gesetz tritt mit dem Tage, der auf seine Verkündung im Reichsgesetzblatt folgt, in Kraft. Die Frist für die Anträge für 1925 ist bis zum 30. April 1926 verlängert worden. Die neuen Vorschriften gelten nicht für die Erstattungen, die bereits bei dem Inkrafttreten des Gesetzes zu erledigen waren.

Erhöhung der Unterstützungssätze in der Erwerbslosenfürsorge.

Der Reichstag hat am 20. Februar unter Ablehnung der weitergehenden sozialdemokratischen Anträge beschlossen, a) die Unterstützungssätze in der Erwerbslosenfürsorge werden mit sofortiger Wirkung erhöht: 1. für Hauptunterstützungsempfänger (verheiratete wie ledige) um 10 %, 2. für alleinlebende Erwerbslose unter 21 Jahren um 20 %, b) die Höchstätze der Erwerbslosenfürsorge werden in den Ortsklassen A, B und C um 10 % erhöht. Die Höchstgrenzen sind also nicht geändert worden und in der Berücksichtigung der Alterszahl tritt auch keine

Wanderung ein. Ferner wird in einer Entschließung die Reichsregierung ersucht, in der beschleunigten Verordnungsübertragung über die Kurzarbeiterunterstützung folgende Punkte zu berücksichtigen: 1. den Beginn der Unterstützungsstage nicht nach ledigen und Verheirateten zu differenzieren; 2. die Kurzarbeiterunterstützung beträgt für den 3., 4. und 5. ausgefallenen Arbeitstag den Tageslohn, den der Kurzarbeiter als Vollerwerbssloher erhalten würde; 3. in eine Prüfung darüber einzutreten, ob in Betrieben, in denen Kurzarbeit nicht durch den Ausfall voller Arbeitstage durchführbar ist, nicht auch dann die Unterstützung eintreten kann, wenn die umgerechneten Stunden die erforderliche Zahl von Arbeitstagen ergeben, wobei die besonderen Arbeitsverhältnisse der Angestellten zu berücksichtigen sind.

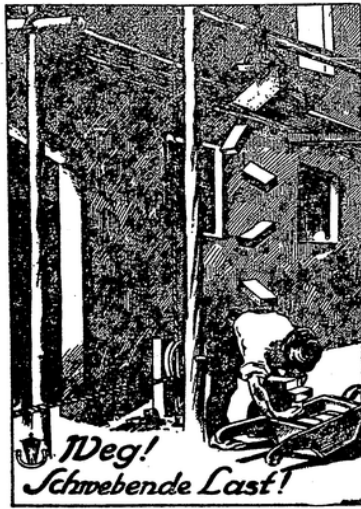
Diese Anordnung über die Kurzarbeiterunterstützung, die der Reichsarbeitsminister im Einvernehmen mit dem Reichsfinanzminister inzwischen erlassen hat, tritt am 1. März in Kraft und gilt bis zum 1. Mai 1926. Die Kurzarbeiterunterstützung ist abhängig von einer Mindestgröße des Betriebes; es müssen regelmäßig mindestens 10 Arbeiter in ihm beschäftigt sein. Der Bezug der Unterstützung ist ferner von einer Mietzeit abhängig gemacht. Sie darf nur gemäht werden, wenn in dem Betriebe unmittelbar zuvor in zusammenhängenden Kalenderwochen insgesamt mindestens 8 volle Arbeitstage, in jeder Kalenderwoche aber mindestens 2 volle Arbeitstage ausgefallen sind. Auf die Frist von 8 Tagen gerechnet nicht mehr als 8 Tage in jeder Kalenderwoche angerechnet werden. Kurzarbeiterunterstützung darf auch gewährt werden, wenn der Betrieb unmittelbar zuvor mindestens 3 Wochen hintereinander geruht hat (§ 3). Die Kurzarbeiterunterstützung darf in jeder Kalenderwoche, wenn 4 Arbeitstage ausfallen, einen Tageslohn, wenn 4 Arbeitstage ausfallen, 3 Tageslöhne der Kurzarbeiterunterstützung nicht übersteigen, die dem Kurzarbeiter zuzufinden, wenn er voll erwerbslos wäre. Kurzarbeiter mit mindestens 3 zuschlagsberechtigten Angehörigen dürfen, wenn 4 Arbeitstage ausfallen, bis zu dreieinhalb Tageslöhnen, wenn 5 Arbeitstage ausfallen, bis zu dreieinhalb Tageslöhnen der Kurzarbeiterunterstützung erhalten. Die Unterstützung wird nur gewährt, wenn der Unternehmer dem öffentlichen Arbeitsnachweis die Kurzarbeit gemeldet hat. Unterliegt er diese Angabe, so kann sie von der Betriebsverwaltung und, soweit keine solche besteht, von jedem Arbeiter des Betriebes erstattet werden. Die Kurzarbeiterunterstützung wird den Arbeitern desselben Betriebes höchstens für die Dauer von 6 aufeinanderfolgenden Kalenderwochen gewährt.

Das sind die wichtigsten Bestimmungen der Anordnung über Kurzarbeiterunterstützung. Bestimmungen, die sehr bereichernd sind. Es ist beispielsweise nicht einzusehen, warum nur die Kurzarbeiter eines Betriebes unterstützt werden sollen, der mindestens 10 Arbeiter beschäftigt. Lieber diese berechtigte Kritik wollen wir keineswegs verneinen, daß die Wiedereröffnung der Kurzarbeiterunterstützung ein erfreulicher Erfolg der Tätigkeit von Partei und Gewerkschaft ist.

Wenn den Unternehmern der Bauarbeiterzuschuß anerkannt wäre...

In der Nummer 7 der Unternehmerrzeitung „Das Baugewerbe“ zeigt die publizistische Führung der in Deutschland Arbeitgeberverbände für das Baugewerbe organisierten Unternehmer, daß sie nicht gewillt ist, von sich aus irgend etwas zum Schutze für Gesundheit und Leben der Bauarbeiter zu tun. Das ist zwar nichts Neues, aber es ist nicht, dies von Zeit zu Zeit festzustellen. Immer, wenn ein Schritt vorwärts auf dem Gebiete des Arbeiterschutzes gemacht werden soll, geraten die Presse-Batalionen der Unternehmer in Erregung. Sie müssen selbst dann in Wut geraten, wenn der Nutzen des sozialpolitischen Fortschritts kein normal denkendes Menschen bestritten wird. Sie müssen gegen den Arbeiterschutz schreiben, weil sie kontraffektiv zu dieser Schwandung des wertvollsten Menschen verpflichtet sind. Sie geraten schon in Wut darüber, daß die Arbeiterorganisationen sich zur Aufgabe gemacht haben, den Bauarbeiterzuschuß zu fördern. Davon hat der Schriftleiter im „Baugewerbe“ nicht nur nichts gehört, und da es ihm ganz neu und unverständlich ist, heißt er, seine Empörung in die schönredigen und dummen Worte, daß „in letzter Zeit die Gewerkschaften wieder ihr Herz für den Bauarbeiterzuschuß entdeckt haben“. Er weiß nichts davon oder will nichts davon wissen, daß die Fragen des Arbeiterschutzes von jeder Kernpunkte des gewerkschaftlichen Aufgabenkreises sind. Aber nach der im „Baugewerbe“ bezugnehmenden Meinung müßte der Ausbau des Arbeiterschutzes schon deshalb abgelehnt werden, weil er „stets vermehrte Einstellung von Bauarbeitern bedeutet“. Ein wachstumsweises Argument, ein Einwand, von dem wir zur Ehre der praxisfähigen Baumeister annehmen wollen, daß er von einem Herrn stammt, der — der Mode folgend — Nationalökonomie studiert hat und nun im Zeitalter des Abbaues seine volkswirtschaftlichen Dummenheiten auf sozialpolitischen Gebiet abgeben will. Wie schon gesagt: Dazu ist der Mann kontraffektiv verpflichtet; aber die Unternehmer sollten sich doch dagegen wehren, von diesem Mann vor aller Welt blamiert zu werden. Mit seinem Argument die Unmöglichkeit des Bauarbeiterzuschusses beweisen zu wollen, ist genau so dumm, wie etwa die „Heberflüssigkeit“ von Eisenbahnstrahlen damit zu beweisen, daß zu ihrer Bedienung Menschen nötig sind. Er wieder argumentiert im allgemeinen die Unternehmer nicht fähig. Sie sind gegen den Ausbau des Arbeiterschutzes, weil er Geld kostet. Und es könnte doch sein, daß ihr Profit gesichert würde. Das konnte sie zwar nicht in dieser offenen Weise. Nein, sie brühen sich „gebildet“ aus: „Die Arbeiterschutzbewegungen der Gewerkschaften sind für die Wirtschaft untragbar.“

Am gefährlichsten aber sind „für die Wirtschaft“ die Baukontrollen aus Arbeiterschutzes. Diese Baukontrollen sind eine alte Forderung der Gewerkschaften, die sie am geeignetsten deshalb halten, weil die Baukontrollen aus Arbeiterschutzes nicht in der Bureaucratie, sondern im werktätigen Leben großgeworden sind. Der preussische Minister für Volkswirtschaft hat diese guten Gründe anerkannt, und in einem Erlaß vom 14. November 1925 er-



such, auch Personen aus dem Bauarbeiterstande zu Baukontrollen zu bestellen. Das brachte schon Erregung in die Unternehmerkreise. Kaum aber sind die seelischen Auswirkungen des Erlasses überstanden, so droht dem Geld das neue Geßir. Der RDW hat, wie wir mitteilen, Konferenzen der Baukontrollen einberufen. Gegen diese Konferenzen richtet sich nun der ganze Zorn des Aufsichtschreibers im „Baugewerbe“. In seinem Zorn geht er sogar so weit, die Baukontrollen „als aus öffentlichen Mitteln besoldete Gewerkschaftsangehörige“ zu denunzieren. Gezagt wird weiter, was der Minister zu tun denkt, um zu verhindern, „daß staatliche Aufsichtsorgane ihre Dienstverpflichtungen von den Gewerkschaften erhalten“. Daß der RDW der Einberufer dieser Konferenz ist, ist für das „Baugewerbe“ der Beweis, daß „unter dem Deckmantel „Bauarbeiterzuschuß“ gewerkschaftliche Interessen verfolgt werden“ und „politische Rücksichten auszuliegen sind“. Hier haben wir alle Eigenschaften eines kapitalistischen Zeitungsschreibers zum herrlichen Vorkantzen gewonnen. (Der Profitbesitzer so sehr und selbst die Gesundheit der Arbeiter mit der Heilmittelmaschine bewertet, der ist unfähig, den sozialen Wert unserer Forderungen nach Bauarbeiterzuschuß zu erkennen. Er sieht nur „gewerkschaftliche Interessen“, weil er, der auf der Gegenseite steht, zu seiner Ablehnung nur aus privatkapitalistischen Gründen kommt. Das eben unterscheidet die Gewerkschaften von den Unternehmerorganisationen, daß sie für allgemeine und soziale Ziele kämpfen und nicht für die Sonderinteressen einzelner. Die Gewerkschaften werden sich auch nicht von den Unternehmern beschreiben lassen, wenn sie Konferenzen einberufen und wie sie den Arbeiterschutz weiter ausbauen. Wenn sie zu ihren Bauarbeiterzuschußkonferenzen auch die staatlichen Baukontrollen einladen, so dient es immer in erster Linie den deutschen Bauarbeitern und ihren Familien. Wir wüßten nicht, woher eine amtliche Stelle das Recht nehmen sollte, die Forderungen der Unternehmer zu erfüllen, den Baukontrollen die Teilnahme an einer Konferenz zu verbieten, die einem völlig arbeiterschützendem angestelltem Angestellten fertig, aber auch die kann es rechtlich nur dann, wenn durch die Teilnahme an der Konferenz Dienstobliegenheiten verkannt würden. Keine Amtsstelle kann den Baukontrollen außerdem ihrer Dienstpflicht Weisungen auferlegen. Ein Widerspruch in den Kalender zeigt, daß alle Konferenzen des Sonntags stattfinden. Aber selbst wenn sie wochentags abgehalten werden würden, würde keine sozialgerichtete Weisung den ihr unterstellten Baukontrollen die Teilnahme an solchen Konferenzen erschweren. Im übrigen braucht sich das „Baugewerbe“ nicht zu ängstigen, daß solche Konferenzen unter Ausschluß der Öffentlichkeit stattfinden. Was die Gewerkschaften in der Frage des Bauarbeiterzuschusses zu sagen haben, werden sie auch in die Ohren der Behörden herabbringen. Das „Baugewerbe“ mag in Ruhe (oder mit schlechtem Gewissen) abwarten, ob auf den Konferenzen Vertreter von Verbänden und Berufsorganisationen zugelassen werden. Hiermit sind die Aussätze des Schreibers im „Baugewerbe“, soweit sie gegen die Gewerkschaften gerichtet sind, zurückgewiesen. Inzere Kollegen mögen hieraus erkennen, wie ihre Gesundheit von den Unternehmern gemindert wird. Wir aber werden uns in unserer Tätigkeit für den Bauarbeiterzuschuß nicht hindern lassen. Für sozialen Fortschritt — gegen sozialpolitische Reaktion!

Kostfandsarbeiten als Fürsorge für die Erwerbslosen oder für die Unternehmer?

Nachdem die Unternehmer mit ihren wiederholten Versuchen, die Löhne zu drücken, Schiffbruch erlitten haben, scheinen gewisse Verwaltungsausschüsse und Arbeitsämter diese Tätigkeit ausüben zu wollen. Die Stadt Bremermünde hat beschlossen, Kostfandsarbeiten ausführen zu lassen. Es werden Straßenausschüttungen vorgenommen. Dabei handelt es sich um Arbeiten, die doch einmal ausgeführt werden müssen und nach den gesetzlichen Bestimmungen nicht als Kostfandsarbeiten ausgeführt werden können. Allerdings kann den Behörden nicht immer nachgewiesen werden, daß diese Strafen in absehbarer Zeit doch gebaut werden müssen. Der Magistrat in Bremermünde hatte beschlossen, bei diesen Straßenausschüttungen Tariflöhne zu

zahlen. Daraufhin hat das Landesarbeitsamt Hannover den Zuschuß verweigert. Zuschuß will es nur gewähren, wenn nicht mehr als 65 % Stundenlohn gezahlt werden. (Tariflohn ist 82 %). Alle Einsprüche und alle Vorstellagen beim Arbeitsamt und bei der Regierung in Stade waren erfolglos. Der Magistrat Bremermünde, in dem die SPD guten Einfluß besitzt, gab sich die rechtliche Mühe, diese Amtsstellen zu einem andern Standpunkt zu bekehren.

Die Nachbarstadt Bremerhaven, die als bremische Stadt dem Landesarbeitsamt Bremen untersteht, beschloß ebenfalls, Kostfandsarbeiten zu Tariflöhnen ausführen zu lassen. Der Beschluß erlitt ein ähnliches Schicksal. Das Landesarbeitsamt Bremen jagte den Zuschuß nur zu, wenn ebenfalls nicht der Tariflohn, sondern nur 75 % gezahlt werden. Die Stadt Bremerhaven zahlte bei denselben Arbeiten 75 % Stundenlohn, während Bremermünde nur 65 % zahlte. Alle Versuche, die Verfügungen der Landesarbeitsämter abzuändern, scheiterten. Die Kostfandsarbeiten als soziale Maßnahme durchzuführen, ist also bisher verhindert worden. Anders wurde entschieden, als Mittel der Erwerbslosenfürsorge zum Nutzen kapitalistischer Unternehmen verwendet werden sollten. Konstruierte da zwei Schiffswerften um den Bau eines 12 000 Tonn-Dampfers. Die Hensburger Werft fordert 270 000 M weniger als die Tellenborgwerft in Bremermünde. Der Dampfer wird für eine Hamburger Reederei erbaut. Flugs beantragt die Tellenborgwerft beim Arbeitsnachweis, ihr einen verlorenen Zuschuß als Mittel der Erwerbslosenfürsorge zu gewähren, damit sie ihren Preis um die Summe von 270 000 M herabsetzen kann. Der Verwaltungsausschuß des Arbeitsnachweises bewilligt darauf tatsächlich 220 000 M als Zuschuß an diese Privatfirma, zum Bau eines privaten Dampfers. Das nennt man produktive Erwerbslosenfürsorge! Mit Mitteln der Erwerbslosenfürsorge wird hier in den Konkurrenzkampf der Unternehmer eingegriffen. Das ist ein Mißbrauch mit dem von der Arbeiterchaft aufgebracht Mittel. So weit darf niemals die „Erwerbslosen“ fürsorge gehen. Aus dem einfachen Grunde, weil das keine Fürsorge für Erwerbslose mehr ist, sondern im wesentlichen eine Fürsorge für Kapitalisten. Wesentlich ist, daß die Vertreter der Metallarbeiter diesem Beschluß zugestimmt haben.

Der Abbau von unten und von oben.

Der bekannte Wirtschaftstheoretiker Dr. P. Pinner vertritt die Auffassung, daß die Kapitalistischer Wirtschaftsführung wenig schmerzhaften Aufschwung. Der Verfasser weist zunächst in längeren Ausführungen auf einen Lebensstand hin, der nicht nur nationale Geltung hat, sondern der ganzen kapitalistischen Wirtschaftsführung anhaftet: Der Zwiespalt zwischen wirtschaftlicher Organisation und wirtschaftlicher Führung. Tausende von Interessierten und Syndikaten veröffentlichen jährlich jahraus jahraus von Denkschriften und Jahresberichten. Findet man darin einmal einen wirklichen originalen Gedanken, ein selbständiges Urteil, eine klare Anschauung von Problemen unserer Wirtschaft, so ist das eine große Seltenheit... In der großen Mehrzahl der Fälle enthalten die Denkschriften immer wieder dieselben Mißstände, dieselben Blattheiten und mancher sogar Schiefurteile über die allgemeine Lage, und doch, wo man wenigstens instruktives Sachmaterial stattdessen Art über die besonderen Verhältnisse der einzelnen Wirtschaftszweige finden möchte, gibt es entweder überhaupt ein Vakuum oder ein interessenpolitisch frisiertes Material entgegen.

In besonderem Gegenfah zu dieser geistigen Verarmung steht eine ständige Erweiterung des Staates der Direktoren, Aufsichtsratsmitglieder und Inhaber aller jener Dekorationsposten, die lediglich den Zweck haben, die Gewinne in die Taschen von Vettern und Freunden stecken zu lassen, die nicht die geringste produktive Arbeit leisten. Für diese Auswüchse findet Dr. Pinner die schärfsten Worte. Während die wirtschaftlichen Kreise auf allen übrigen Gebieten immer wieder mit der Forderung des Abbaues hervortreten, während sie namentlich der Arbeiterschenschaft und der öffentlichen Staatswirtschaft gegenüber nicht müde werden, auf eine Verringerung unproduktiver Stellen hinzuwirken, haben sie sich und uns gegenüber noch niemals die Frage mit dem erforderlichen Ernst aufgeworfen: Was kostet der Volkswirtschaft dieser überflüssige Apparat und was schadet er? Was war bisher in der Wirtschaft (manchmal bis zum Grade der Brutalität getrieben), gesehen und erlebt haben, das war doch im wesentlichen der „Abbau von unten“. Der Abbau von oben, der nicht minder notwendig ist, hat bisher nur recht kärgliche Fortschritte gemacht. Der Ausdruck der deutschen Wirtschaftskräfte ist auf ein Drittel oder ein Viertel des Nennwertes gesunken. Die Zahl der Aufsichtsratsmitglieder hat sich im Zusammenhang damit nicht nur nicht in dem gleichen Grade verringert, sondern sie ist ganz enorm gestiegen. Wichtig liegen die Verhältnisse auch bei vielen Privatfirmen. Überall stehen zu viel leitende Persönlichkeiten an der Spitze der Unternehmungen, bedürfnislose Beteiligung an der Gewinner und dadurch werden die Betriebe veranlaßt, mit hohen Gewinnquoten, jedenfalls weit höheren als vor dem Kriege, zu kalkulieren. Die volkswirtschaftlich dringende notwendige Senkung der Preise wird durch derartige in Deutschland noch immer ausreichend revidierte Kalkulationsmethoden naturgemäß erschwert...

Dr. Pinner weist dann im weiteren Verlauf seiner Ausführungen unter anderem noch auf den Widerspruch hin, der darin besteht, wenn Unternehmerorganisationen die Arbeiterorganisation der staatlichen Verwaltung kritisieren, selbst aber ganze Heere von Syndikats, Generaldirektoren und Hilfsarbeitern beschäftigen, deren Beschäftigung produktionsverleumdend wirkt. Ein Motorist, das nicht einmal ein besonders kompliziertes Werk ist und nur auf einer geringen Anzahl beschleunigter Eigenteile besteht, muß in allen seinen Details über 170 Einzelteile durchlaufen. Dr. Pinner hat mit seinen treffenden Ausführungen den Finger auf eine der bittersten der kapitalistischen Wirtschaft gelegt. Dem Wort wie die Tat folgen: Schafft die Gemeinwirtschaft!

Abgeordnete zum außerordentlichen Bundestag.

(Der * vor dem Namen eines Abgeordneten bedeutet, daß der betreffende Kollege als Ersatzmann für einen ausgeschiedenen Abgeordneten berufen ist.)

- Bezirksverband Königsberg. 1. Brill, Arthur, Danzig, Hilfsarbeiter. 2. Czimoniet, Kurt, Königsberg, Tischler. 3. Krajcemański, Paul, Königsberg, Hilfsarbeiter. 4. *Kujama, August, Allenstein, Tischbauarbeiter. 5. *Leitner, Arthur, Königsberg, Lehrling. 6. Schöffio, August, Ost, Maurer. 7. Seifert, Otto, Mohrungen, Maurer. Bezirksverband Stettin. 8. Hofmann, Willi, Schneidemühl, Maurer. 9. Röhn, Hermann, Köslin, Tiefbauarbeiter. 10. Radke, Wilhelm, Stettin, Hilfsarbeiter. Bezirksverband Breslau. 11. Gabel, Fritz, Breslau, Stukfateur. 12. Gier, Max, Neugib, Maurer. 13. Meise, Herm., Breslau, Maurer (für Hilfsarbeiter). 14. Ritzsch, Bernhard, Müslau, Tischler. 15. *Bernold, Wilhelm, Hirschberg, Maurer. 16. *Nicht, Theodor, Gleiwitz, Maurer. 17. *Soppelt, August, Olab, Hilfsarbeiter. 18. *Hilbrich, Erich, Breslau, Lehrling. Bezirksverband Berlin. 20. Weiffig, Moritz, Wetzlar, Tischler. 21. *Sommer, Konrad, Berlin, Maurer. 22. Keller, Rudolf, Landsberg, Maurer. 23. *Ritzsch, Leopold, Gollub, Maurer. 24. *Ritzsch, Richard, Berlin, Maurer (für Lehrling). 25. *Ruppen, Hermann, Berlin, Stukfateur. 26. *Krause, Bruno, Berlin, Hilfsarbeiter. 27. *Kriegisch, Berlin, Hilfsarbeiter. 28. *Ränge, Hermann, Berlin, Tischler. 29. *Bemitt, Georg, Berlin, Steinholzfleger. 30. *Lind, Gustav, Berlin, Hilfsarbeiter. 31. *Ruzjuf, Max, Berlin, Tischler. 32. *Stuhr, Verthard, Gollub, Hilfsarbeiter. 33. *Lornow, Karl, Berlin, Tiefbauarbeiter. 34. *Wogel, August, Berlin, Tischler. 35. *Wartenberg, August, Berlin, Maurer. Bezirksverband Magdeburg. 36. *Ränge, Franz, Magdeburg, Feuerungsmaurer. 37. *Ringner, Paul, Dessau, Maurer. 38. *Schönhoff, Otto, Magdeburg, Lehrling. 39. *Stahmann, G., Wittenberg, Tischler. 40. *Löffel, Paul, Eilenburg, Hilfsarbeiter. 41. *Wenig, Fritz, Merseburg, Maurer. Bezirksverband Erfurt. 42. *Hübner, Hermann, Saalfeld, Maurer. 43. *Voigt, Otto, Erfurt, Maurer. 44. *Japp, Alfred, Meiningen, Hilfsarbeiter. Bezirksverband Frankfurt. 45. *Ebert, Georg, Frankfurt, Feuerungsmaurer. 46. *Hölzel, August, Wiesbaden, Maurer. 47. *Köhler, Jakob, Frankfurt, Maurer. 48. *Ritzsch, Richard, Frankfurt, Tischler. 49. *Hies, August, Frankfurt, Hilfsarbeiter. 50. *Schott, Rappart, Mainz, Tischler. 51. *Wagner, Ludwig, Fulda, Hilfsarbeiter. 52. *Walter, Adolf, Frankfurt, Stukfateur. 53. *Wiesbach, Ernst, Kassel, Hilfsarbeiter. 54. *Wüst, Gustav, Limburg, Maurer. 55. * Bezirksverband Köln a. Rh. 56. *Bausch, Peter, Köln, Hilfsarbeiter. 57. *Bonn, Richard, Barmen-Eberfeld, Tiefbauarbeiter. 58. *Fäger, Heinrich, Köln, Stukfateur. 59. *Nathan, Sebastian, Köln, Tischler. 60. *Seinrichs, Wilhelm, Mägen, Hilfsarbeiter. 61. *Schäfer, Theodor, Barmen-Eberfeld, Maurer. 62. *Wagner, Philipp, Köln, Tiefbauarbeiter. 63. *Storke, Hermann, Köln, Hilfsarbeiter. 64. *Stefan, Alois, Köln, Tischler. 65. *Him, Emil, Köln, Tischler. Bezirksverband Dortmund. 66. *Eipel, Paul, Bochum, Maurer. 67. *Herken, Adolph, Dortmund, Stukfateur. 68. *Hunger, Wilhelm, Bochum, Lehrling. 69. *Muff, Franz, Dortmund, Maurer. 70. *Treffen, August, Hagen, Tiefbauarbeiter. 71. *Nöttingen, Peter, Hamm, Hilfsarbeiter. 72. *Koch, Louis, Mülheim, Hilfsarbeiter. 73. *Finger, Joh., Dortmund, Hilfsarbeiter. 74. *Wiersböcker, Wilhelm, Essen, Tischler. Bezirksverband Hannover. 75. *Lindau, Otto, Braunschweig, Hilfsarbeiter. 76. *Schäfer, Peter, Wolfenbüttel, Maurer. 77. *Voigt, Karl, Hannover, Maurer. 78. *Wepfer, Karl, Hildesheim, Tiefbauarbeiter. Bezirksverband Bremen. 79. *Göbe, Albert, Bremen, Maurer. 80. *Berling, Fritz, Lüneburg, Hilfsarbeiter. 81. *Lieserhowsky, Alex, Bremerhaven, Tiefbauarbeiter. 82. *Woltonade, Albert, Bremen, Lehrling. Bezirksverband Hamburg. 83. *Lüderhoff, Heinrich, Hamburg, Stukfateur. 84. *Engelmann, Joh., Hamburg, Maurer. 85. *Fischer, Hugo, Hamburg, Maurer. 86. *Fischer, Louis, Hamburg, Tiefbauarbeiter. 87. *Müller, Arthur, Hamburg, Tischler. 88. *Müller, Heinrich, Hamburg, Feuerungsmaurer. 89. *Zeloff, Johann, Kiel, Tischler. 90. *Zerbst, Wilhelm, Altona, Hilfsarbeiter. 91. *Lampert, G., Hamburg, Hilfsarbeiter. 92. *Binaer, Lito, Hamburg, Hilfsarbeiter.

- Bezirksverband Ostfild. 93. *Woldi, Gustav, Schwerin, Maurer. 94. *Wohde, G., Schwerin, Hilfsarbeiter. 95. *Scharrenweber, Wilhelm, Schwerin, Lehrling. 96. *Nieduhr, G., Wismar, Hilfsarbeiter. Bezirksverband Dresden. 97. *Wartl, Franz, Dresden, Maurer. 98. *Wieligt, Hermann, Leipzig, Maurer. 99. *Wrinke, Robert, Leipzig, Tischler. 100. *Wuchmann, Kurt, Leipzig, Hilfsarbeiter. 101. *Drehler, Willy, Dresden, Lehrling. 102. *Göttfert, Ernst, Werdau, Lehrling. 103. *Guljahr, Oskar, Leipzig, Stukfateur. 104. *Hager, Bruno, Greiz, Maurer. 105. *Jahn, Franz, Meißen, Tischler. 106. *Israel, Fritz, Plauen, Tischler. 107. *Kollerer, Nikolaus, Plauen, Schachtmeister. 108. *Meißner, Otto, Reiz, Lehrling. 109. *Niesner, Karl, Meißen, Hilfsarbeiter. 110. *Niede, Bernhard, Leipzig, Hilfsarbeiter. 111. *Schmidt, Max, Chemnitz, Tischler. 112. *Sottke, Franz, Dresden, Steinbeher. 113. *Ziegler, Willy, Obergurgau, Tiefbauarbeiter. 114. *Sommermann, P., Dresden, Hilfsarbeiter. 115. *Hempel, Oskar, Mittweida, Hilfsarbeiter. 116. *Nothe, Oskar, Reiza, Maurer. Bezirksverband Nürnberg. 117. *Grauf, Andreas, Ansbach, Maurer. 118. *Kittler, Albert, Nürnberg, Stukfateur. 119. *Schmaus, Johann, Nürnberg, Tiefbauarbeiter. 120. *Winterstein, Hans, Bayreuth, Hilfsarbeiter. 121. *Wolfram, Jakob, Nürnberg, Hilfsarbeiter. Bezirksverband München. 122. *Bergmann, Josef, Augsburg, Hilfsarbeiter. 123. *Göbler, Eduard, München, Hilfsarbeiter. 124. *Gleitsch, Josef, München, Tischler. 125. *Gaugner, Martin, Regensburg, Tischler. 126. *Gaugner, Johann, München, Tiefbauarbeiter. 127. *Mehner, Franz, München, Maurer. 128. *Richter, Robert, München, Tischler. 129. *Sauerberg, Johannes, München, Lehrling. 130. *Zauner, Michl, Mitterling, Tiefbauarbeiter. Bezirksverband Stuttgart. 131. *Gausmann, Leonhard, Ulm, Hilfsarbeiter. 132. *Rosenfeldt, Eugen, Luttlingen, Tiefbauarbeiter. 133. *Ruff, Albert, Reutlingen, Maurer. 134. *Waideler, Wilhelm, Stuttgart, Stukfateur. Bezirksverband Karlsruhe. 135. *Wuffe, August, Karlsruhe, Hilfsarbeiter. 136. *Gale, Gustav, Freiburg i. Br., Tischler. 137. *Jung, Otto, Mannheim, Tischler. 138. *Krug, Karl, Mannheim, Maurer. 139. *Lott, Karl, Mannheim, Lehrling. 140. *Mangold, Georg, Mannheim, Stukfateur. 141. *Wass, Johann, Worms, Tischler. 142. *Stupka, Wilhelm, Mannheim, Tischler. 143. *Sures, Wilhelm, Mannheim, Hilfsarbeiter. 144. *Wilhelm, Jakob, Saarbrücken, Maurer. Bezirksverband Karlsruhe. 145. *Kriebe, F., Königsb. 154. *Schenl, S., Hannover. 146. *Babnow, S., Stettin. 155. *Lankenau, F., Bremen. 147. *Wöhrer, P., Westlau. 156. *Wölter, W., Hamburg. 148. *Schmann, D., Westlau. 157. *Wöhler, G., Westlau. 149. *Koch, Jul., Magdeburg. 158. *Richter, M., Dresden. 150. *Fisch, Max, Erfurt. 159. *Werkel, J., München. 151. *Hüttmann, G., Frankfurt. 160. *Gartl, J., München. 152. *Wrens, Christ., Köln. 161. *Berner, F., Stuttgart. 153. *Kupmann, S., Dortmund. 162. *Porter, R., Karlsruhe. Bezirksverband. 163. *Kinat, R., Königsberg. 171. *Dreves, S., Hannover. 164. *Woffog, G., Westlau. 172. *Berg, S., Bremen. 165. *Köber, Karl, Berlin. 173. *Wbel, Karl, Hamburg. 166. *Kennis, Max, Berlin. 174. *Schumann, R., Chemnitz. 167. *Thiele, Gustav, Magdeburg. 175. *Weber, Albin, Leipzig. 176. *Leipnitz, R., Dresden. 168. *Wegner, Albin, Erfurt. 177. *Färber, F., München. 169. *Hempel, W., Frankfurt. 178. *Sengle, J., Stuttgart. 170. *Ritzner, Joh., Köln. 179. *Fischer, S., Karlsruhe. Bundesauschuss. 180. *Hante, Otto, Berlin. Schriftleitung des „Grundstein“. 181. *Schmit, Arthur, Hamburg. Bundesvorstand. 182. *Baepow, Friedrich. 190. *Kienndorf, Helmuth. 183. *Dernhard, Nikolaus. 191. *Denthal, Christian. 184. *Schelbel, Hugo. 192. *Dito, Hermann. 185. *Wartl, Leopold. 193. *Peterson, Hermann. 186. *Brandmohr, Wilh. 194. *Sibersmidt, G. 187. *Koborn, Hermann. 195. *Zehlfelberg, Rudolph. 188. *Köber, Hermann. 196. *Zunies, Hermann. 189. *Mohn, Gustav. 197. *Töpfer, Albert. Die Abgeordnetenliste der Bezirksverbände Westlau und Frankfurt ist noch nicht vollständig. Wir werden später die Namen der noch fehlenden Abgeordneten bekanntgeben. Die Abgeordneten, die für die Dauer ihrer Abwesenheit in Berlin auf Veranlassung einer Wohnung rechnen, wollen dies dem Bundesvorstand mitteilen. Anschrift: Willi Trügemüller, Berlin SO 16, Engelauer 24/25, Zim. 53. Für die am Sonntag, 14. März, in Berlin eintreffenden Abgeordneten ist eine Meldestelle eingerichtet im Gewerkschaftshaus, Engelauer 24/25, Eingang A, Hof rechts, Zimmer 11, vorderer Teil. Bei ihrer Meldung erhalten die Abgeordneten ihre Wohnung zugewiesen. Den Abgeordneten wird noch schriftliche Mitteilung und ein Ausweis zugestellt. Der Bundesvorstand.

Die Arbeitslosigkeit im Deutschen Bauergewerksbund. Feststellungsergebnis vom 8. Februar 1926.

Table with columns: Bezirksverband, Arbeitslos, Beschäftigt, etc. Lists data for various regions like Ostfild, Dresden, Nürnberg, München, Stuttgart, etc.

Von den einzelnen Gruppen waren arbeitslos: Maurer 74 615, Hilfsarbeiter 48 980, Betonarbeiter 2626, Stukfateure und Ruher 2676, Tischler und Steinholzfleger 228, Tischler 2009, Pfeifenleger 348, Glaser 542, Tischler 450, Bau-Mechaniker 1182, Erdbarbeiter 9160. Die Arbeitslosigkeit liegt noch langsam zurück. In einigen Bezirken ist sie sogar noch weiter gestiegen. Im Reichstagsbezirk hatten von 700 Bauergewerkschaften 635 mit 318 905 Mitgliedern berichtet. Davon waren 142 824 arbeitslos, gegen 150 683 in der Vorwoche. Das sind 44,79 %, gegen 46,96 % in der vorigen Woche. Die größte Arbeitslosigkeit hat immer noch der Bezirk Königsberg mit 87,5 %. Dann folgt der Bezirk Stettin mit 74 % und Danzig mit 66,3 %. Über 50 % Arbeitslose haben ferner noch die Bezirke Ostfild mit 57 %, Erfurt 66,6 % und Nürnberg mit 61,3 %. Die geringste Arbeitslosigkeit haben wieder die Bezirke Bremen mit 29,6 % und München mit 32,2 %. Außer bei den Tischlern, Tischlerinnen und Steinholzflegern hat die Zahl der Arbeitslosen bei allen Berufsgruppen etwas abgenommen. Maurer wurden 74 615 als arbeitslos gezählt (in der Vorwoche 77 979), Hilfsarbeiter 48 980 (52 078), Erdbarbeiter 9160 (9998).

Streiks und Lohnbewegungen

Maurer, Bauhilfsarbeiter und Tiefbauarbeiter: Gesperert ist in Wetzlar im Mügen der Neubau der Reichspostverwaltung, Unternehmer Meister aus Straßburg, in Freiburg die Firma Bernhard Lappe, in Grimmen i. P. die Firma Höltinger und in Briwalde die Bauarbeiten der Firma Gebr. Draeger, Suchabritz. Nach Dülmen in Westfalen und Wipfeldhöhe ist Zugang ferngehalten. Stukfateure und Ruher: Gesperert ist in Gleiwitz die Firma Heintz. Tischler: Gestreift wird in Stolp i. P. bei der Dienstfirma Fritz Gulle, in Firma Artur Kubitz. Gesperert ist für Danzig die Firma Gierken in Münster, für Osnabrück die Firma Lieb in Oshernfurth und die Firma Radwischer in Danzig.

Fresfeld. In der Zementwarenfabrik Carlsson & Co. wird beschäftigt, die Löhne der Bauarbeiter zu verschlechtern. Die Kollegen sind bereit, diesen Vorstoß mit allen Mitteln abzuwehren. Die Geschäftsinhaber dieser Nummer des „Grundstein“ dürfte der Abwehrkampf bereits ausgebrochen sein. Wipfeldhöhe. Hier besteht eine schriftliche Vereinbarung, monach bis zum Jahre 1928 der Lohn der zweiten Lohnklasse erhöht werden muß. Nach Beendigung der Probeperiode weigern sich nun die Unternehmer, die Arbeit für den vereinbarten Lohn wieder aufnehmen zu lassen. Unsere Kollegen liegen förmlich auf der Straße. Wir ersuchen, den Zugang nach Wipfeldhöhe fernzuhalten.

Aus den Bezirksverbänden

Nord- und Südbayern (Bauhüttenbewegung). Am 6. und 7. Februar tagte in Regensburg eine Konferenz der Vorstände der Bauergewerkschaften Bayerns mit den Leitern der in Bayern bestehenden Bauhütten. Kollege Ellinger vom Verband Sozialer Baubetriebe schiederte in einem eingehenden Vortrag die Entwicklung der Bauhüttenbewegung. Trotz der Schwierigkeiten, die der Bewegung von den Unternehmern und andern Feinden der Arbeiterklasse entgegengestellt wurden, stehe heute fest, daß sich die Bauhütten bisher gegenwärtig für die Allgemeinheit und besonders für die Bauarbeiter ausgemittelt haben. Nicht genug könne der Defizitstand gegenüber dem Lohn werden, das es an manchen Orten gerade durch das Aufsteigen der sozialistischen Baubetriebe als Konkurrenz gegen die Preisinstabilität und Preisrückgang der Unternehmer möglich war, die Baukostenpreise ganz erheblich zu senken. Baukosten sei, daß diese Vorteile, die daraus für die Allgemeinheit entstehen, nicht entsprechend gewirkt werden. Trotz der erzwungenen Stellung im Wirtschaftskampf dürfen wir nicht zugeben, für die Bauhüttenbewegung zu werden und zu wirken. Das Eindringen in die Privatwirtschaft muß unsere Hauptaufgabe sein. Die Bauhüttenbewegung muß ganz besonders durch die Schaffung eigener Produktbetriebe vom Kaufstoffhandel unabhängig gemacht werden. Dies erfordert die Anspannung aller Kräfte. Der Gedanke der Bauhüttenbewegung hat sich in letzter Zeit allgemein verbreitet. Wegen zunehmender Gewerkschaften und Wertschätzung der Arbeiter für die Bauhüttenbewegung sind wir — nach eingehender Ausprache wurde folgende Beschlüsse angenommen: Die Vertreter des Bauergewerksbundes aus den nord- und südbayerischen Bauergewerkschaften erkennen an, daß die Sozialen Baubetriebe bisher schon

Wertvolles für das arbeitende Volk geleistet, sowie für die Bauarbeiterschaft große Vorteile gebracht haben. In dieser Erkenntnis sprechen wir aus, daß der Beschluß des ersten Bundeskongresses wegen Förderung der Bauhüttenbewegung nachdrücklich zu beachten ist. Weiteingehende moralische und finanzielle Hilfe muß dieser Bewegung gewährt werden. Die Konferenz verpflichtet die Baugewerkschaftsvorstände, in ihren Mitgliedsberatern und in einer weiteren finanziellen Stärkung der Sozialversicherungsvereinigungen im Baugewerbe und in der Baustoffindustrie Stellung zu nehmen. Einen Beitrag von 2 1/2 je verkaufte Vollleistungsmarkte aus den Vereinstaxen hält die Konferenz für das mindeste, was die Baugewerkschaften zur Finanzierung besonderer Bezirksaufgaben in der Bauhüttenbewegung leisten sollten. Der Beitrag ist vom Beginn des 2. Quartals 1926 an zu entrichten und den Bezirksvorständen München und Nürnberg zuzuführen, die über die Verwendung der aufkommenen Beträge bestimmen. Mit einem warmen Appell, zu wirken und zu arbeiten für die Bauhüttenbewegung, ganz besonders — soweit dies noch nicht der Fall — die Gewerkschaften, die Genossenschaften und die Allgemeinheit für die Bauhüttenbewegung zu gewinnen, schloß Kollege Merz die eindrucksvolle Tagung.

Aus den Baugewerkschaften

München: In unserer Jahresgeneralversammlung wurde zunächst das Andenken zweier verdienstvoller Kollegen gelehrt. Dann wurde den beiden Ältesten Mitglieder Seyfert und Kufflitz, nach einer Ansprache des Kreisleiters Richter die Ehrenurkunde des Bundes überreicht. Nach einem Bericht des Kreisleiters über den bisherigen Verlauf der Reichsratparhandlungen gab der Geschäftsführer dann den Jahresbericht. Gegen 100 Neubauten wurden im Berichtsjahre ausgeführt. Erwerbslose waren dennoch stets vorhanden. 1260 Mitglieder feierten 63 123 Tage. Diese Zeit hätte genügt zur Erstellung von 405 Wohnungen oder 68 6-familien-Wohnhäusern. Damit wäre der Wohnungsbedarf der Stadt München, der sich gegenwärtig auf über 500 bezieht, beinahe gedeckt gewesen. An dem großen Kampf waren 48 unserer Mitglieder beteiligt. 10 Mitglieder meldeten sich nicht zur Kontrolle. Kleinere Bewegungen der Erarbeiteten verliefen wegen schlechter Organisation der Arbeiter ergebnislos. Von 66 tätigen Baubelegierten waren nur 27 gewährt, 39 mußten erannt werden. Das Delegiertenwesen funktionierte nicht besonders gut, es fehlt vielfach an der nötigen Energie. Lohnlagen mußten 39 betreten werden. In einem Falle schenkte leider ein Mitglied dem Unternehmer den ausgefallenen Lohn von 64 M., in einem anderen Falle verjagte Nichtmitglieder, dem Unternehmer zu helfen, indem sie ihm, anstatt auf Lohnzahlung zu klagen, schriftlich bestätigten, er sei gar nicht der Unternehmer. Neu eingetretten sind 236, zugereist 201, übergetreten 31 Mitglieder; aufgemerkt wurden 200 Mitgliedsbücher. Wegen Rückstände wurden 329 Mitglieder gefällig. Die Weisung der Reichsratparhandlungen war nicht befriedigend. Der Beschlusseinstellung durch zwei ungetreue Beitragsfamilien. Der Beschlusseinstellung durch zwei ungetreue Beitragsfamilien. Der Beschlusseinstellung durch zwei ungetreue Beitragsfamilien.

Bonn (Jahresbericht): Die am 7. Februar stattgefundene Generalversammlung war von 16 Beisitzern besucht. Der Vorsitzende, Kollege Hüning, gedachte zunächst der Toten des Jahres 1925. Die Baugewerkschaft beklagt den Tod von 4 Kollegen, davon ist einer ein Opfer des Berufes geworden. 5 Kollegen betrauern den Tod ihrer Lebensgefährtinnen. Den Geschäftsführer und Kassierbericht gab Kollege Hopp. Zur Sicherung und Fortentwicklung der Wölfe mußten fast sämtliche Berufsarten streiks führen. Die Dienstgeber mußten eine achtwöchige Aussperrung zur Sicherung ihrer Wölfe durchmachen. Im Mai wurde das allgemeine Baugewerbe in die bezirksliche Lohnbewegung Rheinlands-Westfalens einbezogen. Die Stultkateure hatten ebenfalls einen zehntägigen Streik um ein neues Lohnabkommen zu führen. Bis dahin hatten sie 18 % Zuschlag auf die Maurerlöhne. Jetzt sind Festlöhne festgesetzt, unabhängig vom Baugewerbe. Die Hilfsarbeiter der Stultkateure schnitten ungnädiger ab. Die Pfleisenleger haben sich nicht so gezeigt, wie man es verlangen muß. Nicht einmal zu einer beschließenden Versammlung über das neue Vertragsmuster ist es gekommen. Man überließ alles der Geschäftsleitung. Die Pfleisenleger, die damals als Lohnkommissionenmitglieder nicht den Mut hatten, an den Verhandlungen teilzunehmen, möchten heute gern einen andern Vaden aufmachen. Trotzdem gelang es, einen Vertrag abzuschließen, der wesentliche Verbesserungen, sogar Ferien enthält. Im November mußte das allgemeine Baugewerbe bei etwa 18 Firmen zur Wölfe in den Ausstand treten. Die Facharbeiterlöhne sollten von 1,18 M auf 98 %, die Hilfsarbeiterlöhne von 94 % auf 76 % heruntersetzt werden. In den Randorten ist es zeitweise den Unternehmern gelungen, die Wölfe herabzusetzen. Unser entschlossenes Handeln brachte einen Teil der Unternehmer zu einer andern Ansicht, die meisten haben sich um die Parole des Arbeitgeberverbandes nicht gekümmert. Durch die Kämpfe wurden die Löhne gesteigert für Maurer von 77 % auf 1,13 M, für Hilfsarbeiter von 65 % auf 94 %, für Stultkateure von 91 % auf 1,10 M, für Pfleisenleger von 77 % auf 1,26 M, für Dienstgeber von 1,50 M auf 1,70 M, für Ofenformner von 74 % auf 91 %, die Glaste haben Maurerlöhne. Im Hinblick der Verhältnisse können wir mit der Lohnbewegung zufrieden sein. Die Mitgliederbewegung kann nicht befriedigen. Nach der Statistik wurden 2268 beschäftigte Bauarbeiter gezählt, außerdem über 1200 Arbeiter, die als Hilfsarbeiter der wählenden Tiefbauarbeiten verrichten. Über 500 Mitglieder sind neu aufgenommen oder aus andern Verbänden zu uns

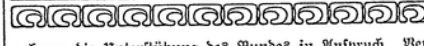
gekommen. Trotzdem haben wir am Jahresabschluss nur 86 Mitglieder mehr als am Jahresabschluss 1924. Die meisten der Hingekommenen begnügten sich mit einer kurzen Gastrolle. Die Bautätigkeit war außer im 3. Quartal nicht günstig. Im 1. und 4. Quartal war sie schlecht. Die Bauverordnungen berichten von 2885 Neubauten. Davon sind 958 Wohnhäuser mit 1085 Wohnungen. Wohnungsuchende werden ungefähr 10 000 angegeben, davon dringend vorgemerkte 8000. Wölfe vor den Wohnungsuchenden helfen, dann muß bedeutend mehr gebaut werden. Unsere Kommunen scheinen sich der Wohnungsnot nicht bemüht zu werden. Eine kommunale Bautätigkeit ist fast gar nicht vorhanden. So waren durchschnittlich 25 % unserer Mitglieder das ganze Jahr über beschäftigungslos. Im 4. Quartal steigerte sich die Arbeitslosigkeit bis zu 80 %. Ungefähr 66 % der Mitglieder



Zählung der Unterstützungs-Empfänger!

Montag, den 1. März, müssen alle Baugewerkschaftsvorstände dem Bundesvorstand auf dem ihnen im Januar zugestellten braunen Berichtskartenbogen mitteilen, wie viele Mitglieder in ihrer Baugewerkschaft am 1. März bezugsberechtigt sind für Arbeitslosen- und Krankenunterstützung unseres Bundes. Das muß auch geschehen, wenn in einer Baugewerkschaft kein Mitglied Arbeitslosen- oder Krankenunterstützung bezieht. Sollte ein Vorstand die Berichtskarte nicht zur Hand haben, so ist für die Mitteilung eine Postkarte zu benutzen.

Kein Vorstand veräume, die Karte Montag, den 1. März, zur Post zu geben!



namens die Unterstützung des Bundes in Anspruch. Vereinnahmt für die Bundeskasse wurden 39 111,75 M, dazu brauchten wir noch einen Zuschuß von 7000 M. Die Totalkasse schließt mit 18 941,75 M Einnahme und 14 100,17 M Ausgabe ab. In 38 Fällen mußte die Geschäftsleitung Rechtsbeistand leisten. — Die Jugendbewegung stand unter einem ungnädigen Stern. Von den Verbandsmitgliedern muß auf den Vorstellen der Jugendpflege bedeutend mehr Beachtung als bisher geschenkt werden. Bei der Vorstandswahl wurde der alte Vorstand bis auf den Vertreter der Köpfer wiedergewählt. Im neuen Jahre muß der Vorstand verlangen, daß sich die Mitglieder weit mehr in den Dienst der Bundesarbeit stellen, ohne ihre Mitarbeit werden wir keine Fortschritte zu verzeichnen haben.

Ergebnisse (Generalversammlung): Am 7. Februar erstattete Kollege Böttger den Geschäftsbericht. Bei Beginn des Geschäftsjahres bestand noch der taffelose Zustand. Alle Verhandlungen scheiterten, weil die Bauunternehmer den Kollegen von ihren Ertrungenschaften möglichst viel nehmen wollten. Als die Unternehmer einsehen, daß dies nicht ging, organisierten sie die Generalaussperrung, die Anfang Juni einsetzte. Auch unser Ort wurde davon betroffen, jedoch machten nicht alle Unternehmer dabei mit. Verschiedene Unternehmer ließen auf Umwegen weiterarbeiten. Nach reichlich 8 Wochen brach die Aktion der Unternehmer zusammen. Der Opfermut der Kollegen bei diesem Kampfe sei anzuerkennen, leider waren einige Kollegen vorhanden, die sich finanziell gedrückt haben, diese sind ausgeschlossen worden. Nach Betrachtungen über die neuen Reichsratparhandlungen stellte Kollege Böttger noch fest, daß nach der Aussperrung das Baubelegiertenwesen wieder sehr nachgelassen hat. Wölfe es in diesem Jahre damit besser werden. In der Bauhüttenbewegung hat der Vorstand auf Ansuchen der Bauhilfe Verband die Weisung als Geschäftsführer beschlossen. Als notwendige Maßnahme haben die Kollegen die Kündigung der Erwerbslosenunterstützung anerkannt. — Kollege Wolf gab den Kassierbericht. Die Mitgliederzahl betrug am Schluß des Geschäftsjahres 546. Die Hauptkasse schloß ab mit einer Einnahme von 7812,35 M und einer Ausgabe von 6795,52 M. Die Kassa hatte eine Einnahme von 4816,61 M, eine Ausgabe von 2978,64 M, es verbleibt ein Kassienbestand von 2441,97 M. Der Gesamtverwaltung wurde einmündig Entlastung erteilt. Die Neuwahlen ergaben als 1. Vorsitzender Böttger, stellvertretender Vorsitzender Ditta, 1. Kassierer Wolf, stellvertretender Kassierer Hüner, Schriftführer Schödel, als Beisitzer wurden wieder gewählt Reichling, Baubühne wurde fast kritisiert, weil er keine Berichte im „Grundstein“ erscheinen läßt und hinterher Berichtigen bringt. Auch das Verhalten der noch in der Bauhilfe beschäftigten Kollegen wurde bemängelt. Es dürfte nicht vorkommen, daß Kollegen entlassen werden, um andere noch ein paar Wochen festhalten zu können.

Freiburg i. S. (Jahresbericht): Am 7. Februar hielt unsere Baugewerkschaft ihre Jahreshauptversammlung ab. Die Mitgliederzahl ist im Berichtsjahre um 170 gestiegen. Die Bautätigkeit war in den Sommermonaten gut. Den Facharbeiterkampf behobten die Unternehmer, indem sie Bauarbeiter aus dem Auslande hereinholten. Die Umschulung ungelerner Arbeiter ist auch im Berichtsjahre weiterbetrieben worden, so daß in nächster Zeit der Bedarf an Maurern reichlich gedeckt sein wird. Die Aussperrung gelang den Unternehmern nicht ganz. Ein Teil der Bauunternehmer sowie die Bauhilfe sprachen nicht aus, auch die beteiligten Kollegen der Unternehmer in der hiesigen Presse verurteilten die Aussperrung nicht zu verzeihen. Im Dezember fand eine Festversammlung zur Ehrung unserer Jubilare statt. Oberwies in bemerkenswerter Weise der Rühmlichkeitskreis Freiburg mit der Feier in schönster Weise mit Kongert unerschme. Der Kassierbericht zeigte eine Besserung der finanziellen Verhältnisse. Aber die Beitragsleistung war noch nicht besonders gut. Es wurden im Durchschnitt nur für 24 Vollbeiträge Marken ge-

steht. Dies ist die Folge langer Arbeitslosigkeit, hervorgerufen durch die ungnädige geographische Lage und den wirtschaftlichen Druck. Die Neuwahl der Verwaltung ergab die Wiederwahl der früheren Vorstandsmitglieder. Als Vorsitzender wurde G. Gläßer benannt.

Freivalbau. Am 18. Februar versammelten sich fast alle Mitglieder unserer Baugewerkschaft mit ihren Frauen im Vereinslokal, es galt einem Ehrenabend unserer Bundesjubilare. Der Vorstand hatte alles darangesetzt, den Abend zu einer würdigen Feier zu gestalten. Nach einigen Musik- und Gesangsvorträgen würdige Kollege Fritz Lang die Bedeutung der Feier. Dann folgte nach einem Prolog: in weiteren Vorträgen die Festrede des Kollegen Wolf, Breslau. Er ging dabei von der Gründung der Gewerkschaften aus, würdigte das feste Zusammenhalten der alten Kollegen in schwerer Zeit und forderte die Jugend auf, sich an den Alten ein Beispiel zu nehmen; nur durch eine feste Organisation lassen sich bessere Lebensbedingungen erreichen. Mit einem Hoch auf die Alten und den Baugewerkschaften schloß Kollege Wollig seine vorzweifelnde Rede. Dann erhielten die Jubilare die Ehrenurkunden. Ein Gedicht „An die Jubilare“ schloß die eindrucksvolle Feier, die uns allen noch lange in Erinnerung bleiben wird.

Gelsenkirchen. Am 31. Januar tagte unsere Jahresgeneralversammlung. Kollege Debus erstattete den Geschäfts- und Kassierbericht. Die Hauptkasseneinnahmen betragen 33 842,35 M. Davon wurden ausgegeben für Streifenunterstützung 13 291,20 M, für Erwerbslosenunterstützung 14 549,20 M und für Krankenunterstützung 3349,45 M. Die Einnahme der Kassa betrug 11 379,10 M, die Ausgabe 4263 M. In Kampfbeiträgen wurden zusammen 14 501 M aufgebracht. Die Bautätigkeit war im Berichtsjahre gering. Es wurden 485 Neubauten, darunter 288 Wohnhäuser, errichtet. Die Bauhilfe wurden 106 Käufer, von denen 28 Käufer in Auftrag gegeben. Die Industrie errichtete insgesamt 182 Neubauten. Staats- und Gemeindebauten wurden 24 ausgeführt. Außerdem wurden 128 IIm- und Luftbauten ausgeführt, die zusammen 32 Wohnungen brachten. Die sehr geringe Bautätigkeit brachte es mit sich, daß während des ganzen Jahres ein sehr großer Teil unserer Mitglieder erwerbslos war. Die Wölfe wurden im Berichtsjahre für Mauer von 76 % auf 1,10 M je Stunde erhöht. Diese Lohnsteigerung, die durch freie Verembarung vom 22. Mai an erreicht war, veranlaßte die gesamte Industrie zur Stilllegung ihrer Bauten. Mit wenigen Ausnahmen ist aber der Lohn gehalten worden. Auch der noch Ablauf des Lohnabkommens einsetzende Kampf im Oktober verlief für uns günstig, so daß trotz aller Anstrengungen der Unternehmer des Baugewerbes und der Industrie, der am 22. Mai vereinbarte Lohn gehalten wurde. Der Bezirksleiter, Kollege Süßmann, berichtete über die Reichsratparhandlungen zum Abschluß eines Reichsstatparhandlung. Die Aussperrung ergab allgemein eine Lebensentfremdung mit den Verhandlungen des Reichsverbandes. Ein Antrag, der die Haltung des Bundesvorstandes zum Antrag des Reichsverbandes der Ausgeschlossenen auf Wiederkaufnahme betrafte, wurde abgelehnt. Ein Antrag, die Gehälter der Angestellten des Bundes zu kürzen, wurde ebenfalls abgelehnt. Desgleichen auch die Anträge zur Lenkung der Ortsführung. In den Vorstand wurden gewählt: Jakob Hederroth, Maurer, Wanne, Vorsitzender; Paul Nowitzki, Bauhilfsarbeiter, Gelsenkirchen, stellvertretender Vorsitzender; Jakob Debus, Bauhilfsarbeiter, Gelsenkirchen, Kassierer; Bernhard Dillehaus, Bauwerkmeister, Herno, stellvertretender Kassierer, und Konrad Meid, Bauwerkmeister, Gelsenkirchen, Schriftführer. Die Maurer Adolf Albrecht, August Albrecht und Fritz Koppa wurden wegen Streikbuchs einstimmig aus dem Bunde ausgeschlossen.

Meißen (Jahresbericht): Am 26. Januar tagte unsere Jahreshauptversammlung. Vom Bezirksvorstand war Kollege Richter anwesend. Kollege Kiesner berichtete über das verfloßene Geschäftsjahr. Der Winter 1924/25 war für unsere Kollegen günstig. Mit wenigen Ausnahmen waren alle beschäftigt. Zur zeitigen Frühjahrszeit dann die Bautätigkeit noch stärker ein, so daß ein Mangel an Maurern zu verzeichnen war. Bei planmäßiger Verteilung der Arbeit wurde das natürlich nicht vorzukommen. Die Verammlungsstärke war reg. Wiederholt mußten die Gerichte in Anspruch genommen werden, um das Recht der Kollegen aus dem Arbeitsverhältnis zu wahren. Das Baubelegiertenwesen war nicht immer befriedigend, hierauf mußte häufig mehr Wert als bisher gelegt werden. Der Bauarbeiterkampf wird in Meißen von den Unternehmern eingestrichen, weil die Stadtbehörde ein hartes Augenmerk darauf richtet. Jedoch wird von den Kollegen manches unterlassen. Wo ungenügender Schutz vorhanden, ist dies sofort der Ortsverwaltung zu melden, dann wird Abhilfe geschaffen werden. Unsere Köpfergruppe hatte einen langen Kampf zu bestehen. Die Köpfer haben erkannt, was eine größere und stärkere Organisation zu bedeuten hat. Das Zusammenarbeiten unter den Fachgruppen ist befriedigend. — Die großen Kämpfe im vorigen Jahre forderten große Opfer von allen Kollegen. Nach der Aussperrung war noch eine gute Arbeitslosigkeit vorhanden. Dann setzte auch bei uns die Arbeitslosigkeit ein, der zeitige Winter legte alles lahm. Nur noch am Wohnungsbau in Meißen wird weitergearbeitet. Die Organisationsverhältnisse unter den Tiefbauarbeitern sind schlecht. Auch an diesem Bauhofsbau sind zumeist Arbeiter beschäftigt, die aus andern Berufen stammen. Trotzdem wurde versucht, für die Tiefbauarbeiter etwas herauszuholen. Durch Verhandeln wurden 5 1/2 Lohnzulage gewährt. Als aber der Winter einsetzte, zog die Firma diese Zulage wieder zurück. Sie weiß, wie es mit der Organisation in ihrem Betriebe bestellt ist. — Unsere Kämpfe folgten der Hauptkassie 75 434,85 M. Für Kranke und Arbeitslose wurden 17 917,80 M ausgegeben. Mit den Notmaßnahmen des Bundesrats waren die Kollegen mit wenigen Ausnahmen einverstanden. In den Mäusen für Widungsbeiträge beteiligten sich eine Anzahl Kollegen. Unsere Jugendabteilung ist immer noch ein Sammelbecken, weil unsere Lehrlinge zumeist aus dem ländlichen Gebiet stammen; es hält schwer, sie zahlreich zusammenzubekommen,

Zur weiteren Mitarbeit ist der Kollege Seifert gemüht worden. — Die Mitgliederzahl ist im vergangenen Jahre stabil geblieben. — Kollege Gaisbock ist als Vorsitzender ausgeschieden, an dessen Stelle wurde Kollege Kade gewählt. Die übrigen Verwaltungsmittelglieder blieben die alten. Zum Schluss dankte Kollege Wiesner noch für die Mitarbeit. Wenn jeder Kollege Mitarbeiter wird, dann kann uns in unsern Bestrebungen nichts aufhalten.

Münster. In den letzten Wochen ist die Zureise von gelehrten und ungelehrten Bauarbeitern nach dem Münsterlande, besonders nach der Stadt Münster, ungeheuer gestiegen. Die Ursache dieser starken Zuwanderung ist darin zu suchen, daß unter den wandernden Kollegen die Mär verbreitet ist, in Münster würden Kavernen, Kirchen und andere große Bauten ausgeführt. Das ist unzutreffend. Im Gegenteil ist in Münster und dem Münsterland noch sehr wenig Arbeit vorhanden; 60 % der Kollegen sind arbeitslos. Die Folge der enttäuschten Hoffnungen ist dann der Zutritt auf dem Verbandsbüro und Sozialunterstützung. Daß eine solche zu zahlen bei der großen Arbeitslosigkeit eine Unmöglichkeit ist, sollte jedem vernünftigen Verbandskollegen einleuchten. Um künftig Auftritte zu vermeiden, wie sie sich in letzter Zeit auf unserm Bureau abgepielt haben, sei nochmals darauf hingewiesen, daß in Münster weder Arbeit vorhanden ist, noch Sozialunterstützung geschieht wird.

Doppel. In der am 7. Februar abgehaltenen Generalversammlung erstattete Kollege Seifert den Jahres- und Kassenbericht. Die Mitgliederzahl hat sich von 469 im 1. Quartal auf 948 am Schlusse des Jahres erhöht. Der Stundenlohn stieg im Laufe des Jahres von 60 $\frac{1}{2}$ auf 77 $\frac{1}{2}$. Es ist zu wünschen, daß sich die Bauhilfsarbeiter noch besser organisieren. Die Tiefbauarbeiter sind unser Schmerzenskind. Die Bezahlung liegt bis zu 60 % organisiert. Die Bauhilfsarbeiter vor April nicht gut, weshalb ein großer Teil der Kollegen nach auswärts abgereist ist. Es wurden im Vereinsgebiet 262 Wohnhäuser mit 688 Wohnzimmern hergestellt. Die Baugewerkschaft hatte eine Einnahme von 997,97 $\frac{1}{2}$ M. eine Ausgabe von 7428,90 $\frac{1}{2}$ M. Dazu kommt noch der Anteil an der Bauhilfe mit 1497 $\frac{1}{2}$ M. Es besteht ein Kassenbestand von 3716,07 $\frac{1}{2}$ M. Bei der Neuwahl des Vorstandes wurde die Gesamterhaltung gegen 1 Stimme wiedergewählt. Das vom Vorstand vorgelegte Ortsstatut wurde einstimmig genehmigt. Die Versammlung schloß mit dem Appell, auch weiterhin fleißig am Ausbau der Organisation zu arbeiten.

Schwelm. Am 7. Februar hielt unsere Baugewerkschaft die Generalversammlung ab. Kollege Abel gab den Geschäftsbericht. Die Bautätigkeit war in der ersten Hälfte des Jahres 1925 gut, faulle aber im Herbst vorzeitig ab, so daß am Jahresschluß 70 % der Kollegen arbeitslos waren. Der Mitgliederbestand hat sich von 994 auf 870 verringert. Die Stundenlöhne erhöhten sich für Maurer von 58 auf 80 $\frac{1}{2}$, für Hilfsarbeiter von 47 auf 68 $\frac{1}{2}$, für Tiefbauarbeiter von 48 auf 58 $\frac{1}{2}$, die Töpfer und Ofenbauer erhielten ebenfalls Zulagen. Die Ofenformer waren 5 Wochen ausgeperrt. Die Ofenformer Tüchern, Steiner und Kraft wurden im November durch feierliche Ueberreichung der Ehrenurkunde für 25- und mehrjährige Mitgliedschaft geehrt. Die Jugendabteilung war am Bezirksjugendtreffen beteiligt. Die Beitragsleistung war zufriedenstellend, jedoch mit den Kampfbeiträgen hatten wir große Schwierigkeiten. Die Kassa hatte eine Einnahme von 10571 $\frac{1}{2}$ M., eine Ausgabe von 8883 $\frac{1}{2}$ M., es besteht ein Bestand von 1737 $\frac{1}{2}$ M. Kollege Hornig berichtete dann über „Sozialpolitische Erfolge“. Der Vortrag wurde mit Beifall aufgenommen. Bei den Neuwahlen wurde die alte Ortsverwaltung wiedergewählt; dies ist der beste Beweis, daß die führenden Kollegen ihre Pflicht zum Wohle der Bauarbeiter erfüllen haben. Mit einem Hoch auf den Baugewerksbund schloß die gutverlaufene Versammlung.

Solingen-Nemtsch. Am 24. und 31. Januar hatten sich unsere Mitglieder zahlreich eingefunden, um sich über die Entwicklung der Baugewerkschaften im vergangenen Jahr zu informieren. Die Zahl der Mitglieder erhöhte sich von 160 auf rund 500. An Wochenbeiträgen wurden im Verlauf des Jahres betrieblen in Solingen 9125, in Nemtsch 4637. Die Einnahmen für die Hauptkasse betragen in Solingen 18 687,64 $\frac{1}{2}$ M., in Nemtsch 6919 $\frac{1}{2}$ M. Ein Jahr mühsamer Aufbauarbeit liegt hinter uns. Die Werbearbeit mußte unter großen Schwierigkeiten neu durchgeführt werden. Klein war die Zahl der Mitarbeiter, die vom freigeberwirtschaftlichen Organisationsgedanken durchdrungen, mit Hand ans Werk legen, um das zu erreichen, was wir heute als Erfolg bezeichnen dürfen. Es war schwer, den unter den bergischen Bauarbeitern nachgegriffenen Bruderzwang zu überwinden. Wüßteste Verbeugung und schamlose Verleumdung machten zuweilen die Werbearbeit geradezu unmöglich. Doch die Vernunft hat gestregelt. Dem Bruderzwang folgte die sachliche Kritik. Das ist das erfolgreichste Zeichen für den Gesundungsprozess unserer Baugewerkschaften. Heute ist die bedingungslose Liquidation des B. d. a. B. das Ergebnis des „revolutionären“ Aufsturus gegen unsere Bewegung. Der bombastische Prophezeiung im „Bauarbeiter“ — vor der Verabschiedung des Baugewerksbundes — über eine „grandiose Wirtschwendlung“ der deutschen Bauarbeiterbewegung ist der „Reichslohnkampf“ des B. d. a. B. gefolgt, der die Zerrissenheit dort drüben klar zum Ausdruck gebracht hat. Ein beträchtlicher Teil der irregeführten Mitglieder sucht heute den Weg zum Bunde zurück. Unter Verdächtigung dieser Umstände sind unsere Erfolge um so höher zu bewerten. Die Entwicklung zeigt, daß sich der Baugewerksbund bei den Unternehmern wieder Respekt, bei den Bauarbeitern wieder Vertrauen erworben hat. — Die Bautätigkeit war im vergangenen Jahre in Solingen sehr zufriedenstellend, in Nemtsch recht mäßig. Neben umfangreichen Bauarbeiten der Industrie wurden auch nennenswerte öffentliche Bauten ausgeführt. Die Wohnungsbauprogramme der einzelnen Städte waren sehr zurückhaltend. Nennenswerte Bauten wurden in den Städten des bergischen Landes durchgeführt, wo gutorganisierte Mietervereine bestehen. In Solingen stellte der Spar- und Bauverein von 159 im städtischen Bauprogramm vorgezeichneten Wohnungen allein 139 her. Die Stundenlöhne konnten im bergischen Gebiet von 68 auf 115 $\frac{1}{2}$ für Facharbeiter erhöht werden. Von der Lohnbauforschung der rheinisch-westfälischen Bauvereine blieben die bergischen

Bauarbeiter unberührt. Die bergischen Bauunternehmer haben sich an den demütigenden, in Effen gestohlenen Beschluß auf Abzuehung der Löhne für das bergische Gebiet um 13 $\frac{1}{2}$ in der Spitze nicht gehalten. — Gegenwärtig herrscht auf dem Arbeitsmarkt für das Baugewerbe eine trostlose Stimmung. Darum ist es unverständlich, wenn von den einzelnen Arbeitsämtern Maßnahmen getroffen werden, durch die für Bauarbeiter die Erwerbslosenfürsorge gesperrt oder erheblich eingeschränkt wird. Bauarbeiten für das Jahr 1926 liegen noch nicht vor. Dies zeigt deutlich, wie notwendig die Verbeibaltung des Käftstundentages im Baugewerbe ist. Die Absicht der Unternehmer, die erkrankten Löhne und den Achtstundentag zu beibehalten, muß an der organisatorischen Geschlossenheit der Bauarbeiter gescheitern. Die bergischen Bauarbeiter haben aus der Vergangenheit gelernt, daß ihnen revolutionäre Forderungen helfen, sondern nur der ehrliche Wille zur gemeinsamen Sache, strengste Disziplin und größte Opferfreudigkeit. Der Kampf im Frühjahr und die Leistung der Kampfbeiträge geben hierfür den besten Beweis. Die Leistung der Kampfbeiträge betrug bis zum November in Solingen je Mitglied 3,1 Beitrag oder 15,90 $\frac{1}{2}$ M., in Nemtsch je Mitglied 3 Beiträge oder 15,25 $\frac{1}{2}$ M. Die Vorstandswahlen, die in Solingen mit Zweidrittelmehrheit, in Nemtsch einstimmig die Wiederwahl des bestehenden Vorstandes ergaben, lieferten den Beweis dafür, daß die Kollegen den 1924 befristeten Weg der Spaltungstatik auf das entschiedenste ablehnen. Alle Versuche der Zellenregisseure, den Vorstand „paritätisch“ zusammenzusetzen, oder wenigstens einen „ihren“ Anteil in den Vorstand zu bringen, fanden keinen Widerhall.

Aus den Fachgruppen

Asphaltierer.

Berlin. Die Fachgruppe der Asphaltierer hielt am 20. Januar ihre Jahres-Generalsversammlung ab. Kollege Riegele erstattete den Jahresbericht. Trotz der verhältnismäßig günstigen Arbeitsverhältnisse konnten nicht alle von der Arbeiterkraft gestellten Lohnforderungen durchgesetzt werden. Das lag nicht an der Leistung, sondern an den Kollegen. Ein beträchtlicher Teil davon hat die Pflichten gegenüber der Organisation in größtmöglicher Weise vernachlässigt. Die im ersten Halbjahre immer günstiger einsetzende Arbeitslosigkeit zog zahlreiche neue Arbeitskräfte auf der Arbeitsstelle niemand. Nur ganz vereinzelt führten die älteren Kollegen solche Arbeiter der Organisation zu. — Der Versammlungsbuch war schlecht. Wenn wir trotzdem unsere tariflichen Forderungen gemacht und die Angriffe der Unternehmer abgewehrt haben, so ist das lediglich das Verdienst der älteren Kollegen. Inerfreundlich war die Einstellung der Asphaltierer in der Solidarität gegenüber den kämpfenden Bauarbeitern. Dieser Kampf war auch für die Asphaltarbeiter von weitestgehender Bedeutung. Trotzdem haben wir zum Jahreschluß feststellen müssen, daß ein beträchtlicher Teil der Kollegen ihre Pflicht in der Zahlung der Streitbeiträge nicht in vollem Umfang genügt hat. — Im Geschäftsjahr wurden vier Lohnbewegungen geführt. Die beiden ersten brachten uns Erfolge; die beiden letzten (im September und Oktober) verliefen erfolglos. Auch die Inanspruchnahme des Schlichtungsausschusses war ohne Erfolg. Das es so kam, ist die Schuld der Kollegen selbst. Immerhin betrug die Lohnerhöhung durchschnittlich für den einzelnen Arbeiter je Woche 9,60 $\frac{1}{2}$ M., das ergibt bei 800 Beschäftigten je Woche 7680 $\frac{1}{2}$ M. Organisationsbeitrag. Dieses Resultat war nur möglich durch die Organisation. Wollten wir jedoch den anderen Fachgruppen des Baugewerksbundes in den Lohn- und Arbeitsbedingungen gleichgestellt sein, dann müssen sich die Kollegen endlich dazu aufschließen, ebenso ihre Pflicht zu erfüllen, wie es heute bereits ein großer Teil unserer Kollegen tut. — Die unangenehmste Erscheinung in unserer Fachgruppe war die Verhandlung der achtstündigen Arbeitszeit. Im Tarif haben wir die Bestimmung, wonach, wenn es die wirtschaftlichen Verhältnisse erfordern, daß länger als acht Stunden am Tage gearbeitet werden muß, der Betriebsrat und die Organisationsleitung — also der Fachgruppenobmann — davon in Kenntnis zu setzen sind. Davon ist nicht ein einziges Mal Gebrauch gemacht worden. Teilweise haben sich die Kollegen sogar zur Längerarbeit angeboten. Wenn die Leistung dann mit den Unternehmern darüber verhandelt, so mußte sie sich sagen lassen, die Kollegen böden sich an, neun und zehn Stunden täglich arbeiten zu wollen. Ähnlich war es mit der Urlaubsfraage. Die Kollegen haben vielfach darum gebittelt, den Urlaub in der Zeit zwischen Weihnachten und Neujahr (?) nehmen zu dürfen. Wie unvernünftig leichtfertig solche Arbeiter handeln, können sie in ihrer Kurzsichtigkeit natürlich nicht begreifen. Das zeigt aber auch Folgendes; die Unternehmer wollen jetzt den Urlaub aus dem Tarifvertrag entfernen. Noch unendlich viel Arbeit ist zu leisten, ein gewaltiges Stück Erziehungsbau liegt vor uns, doch wir werden nicht nachlassen, bis auch die Asphaltarbeiter zu solidarisierenden Menschen erzogen sind! — Die Wahl der Fachgruppenleitung ergab: H. Bräutigam als Obmann, Otto Buske als Schriftführer, Erben, Sachsch und Giese als Beisitzer. In die Organisationsleitung wurden Drimo Imte, Bräutigam und Gieseler gewählt.

Bamberg. Ein Jahr voller Organisationsarbeit liegt hinter uns. In 16 Mitgliederversammlungen und 4 Sitzungen der Fachgruppenleitung mit den Betriebsobleuten wurde die Arbeit für unsere Fachgruppe erledigt. Außerdem wurden die Lohn- und Arbeitsbedingungen in 6 Sitzungen mit den Unternehmern geregelt. Durch Abschluß eines neuen Tarifvertrages konnten wir einige Verbesserungen durchsetzen. In den Lohnverhandlungen ging es meist recht hart her, jeder Fernruf Zulage mußte den Serben abgerungen werden. — Unsere Erfolge waren hauptsächlich auf die gute Konjunktur zurückzuführen. Seit dem Kräfte waren unsere Kollegen nur mit Auslieferung des Straßenbelages beschäftigt. Im Jahre 1925 wurden jedoch wieder einige Straßen mit Stampfasphalt hergestellt. Das ermöglichte uns, eine rege Agitation unter den Asphaltarbeitern zu entfalten, die auch Erfolg hatte. Die Mitgliederbewegung war stabil. Der Versammlungsbuch war im allgemeinen zufriedenstellend. Die Arbeitslosigkeit setzte am Schlusse des Jahres recht früh ein, auch unsere Facharbeiter wurden entlassen. Wir sind gemeinsam mit den Unternehmern bei der Deputation vor-

stellig geworden wegen Vornahme von Nachstandsarbeiten. Den Tarifvertrag haben wir zum 31. März 1926 gekündigt. Die Lohnverhandlungen im Jahre 1925 ergaben folgendes: Am 22. Januar betrug der Stundenlohn für Asphaltierer 79, für Hilfsarbeiter 66 $\frac{1}{2}$. Am 23. Januar erreichten wir 8 $\frac{1}{2}$ Zulage je Stunde, am 17. April konnten wir eine weitere Lohnverhandlung von 8 $\frac{1}{2}$ je Stunde durchsetzen. Am 12. Juni konnten wir wieder für den einzelnen Kollegen ein Mehr an Lohn einbringen von 3,84 $\frac{1}{2}$ je Woche erreichen; am 31. Juli konnten wir weitere 7 $\frac{1}{2}$ Zulage je Stunde durchsetzen, also ein weiteres Mehr von 3,86 $\frac{1}{2}$ je Woche für den einzelnen Kollegen. Insgesamt erreichten wir im Jahre 1925 für den einzelnen eine Lohnverhandlung von 13,78 $\frac{1}{2}$ je Woche; dem am 30. Oktober gelang es uns nochmals, eine Lohnverhandlung von 3 $\frac{1}{2}$ je Stunde durchzusetzen.

Bau-Werkmeister.

Unsere Werbearbeit. Die Werbearbeit gehört zu den vornehmsten Pflichten jedes Mitgliedes. Am erfolgreichsten wird diese Werbearbeit vom Berufsfolgen zum Berufsfolgen betrieben zu Beginn eines neuen Baujahres. — Die Werbegruppenleitung ist immer bemüht, diese Werbearbeit nach besten Kräften zu unterstützen; sie wird auch in diesem Jahre geeignetes Material zur Verfügung stellen. Am 12. März wird die Nummer 3 des Mitteilungsblattes „Der Bau-Werkmeister“ als besondere Werbedrift verfaßt. Außer einem Aufruf an die Bau-Werkmeister werden darin die Richtlinien für das Arbeiten in den Fachgruppen bekanntgegeben. Das Verzeichnis der Werkmeister zu den Bauarbeitern wird in einem besonderen Aufsatze geschildert. Ferner bringt die Nummer sozialpolitische Nachrichten, Urteile auf dem Gebiete der Rechtspflege und fachwissenschaftliche Aufsätze. Das Blatt wird auch darlegen, in welcher Weise der deutsche Baugewerksbund die Bau-Werkmeisterfrage zu lösen versucht wird. Wir werden allen Baugewerkschaften eine der Mitgliederzahl entsprechende Anzahl Zeitungen zu senden und außerdem noch eine Anzahl für etwaige Nachbestellungen bereithalten. Die Postsendung geht an die Vorsitzenden der Baugewerkschaften, die dafür sorgen müssen, daß das Blatt an die Verbreiter kommt. Wo Fachgruppen bestehen, müssen die Obleute die Verbreitung nach besten Kräften unterstützen. Besonders notwendig ist, die Verbreitung bei der Verbreitung heranzuziehen; die Werbedrift muß auf jede Baustelle gelangen, sie soll vor allem auch von den uns fern liegenden Kollegen gelesen werden. Auch mögen die Baugewerkschaften bei der Verbreitung nicht feilschen; nicht nur den Schachtmeistern und Kollieren soll die Zeitung zugesandt werden, sondern auch den Vorarbeitern, Postengestellten, Bauaufsichtern, Baukontrolleuren, auch dem Maurer, der sich für die Bau-Werkmeisterfrage interessiert. — Die Kolliere und Schachtmeister, überhaupt alle, die an leitender und aufsichtsführender Stelle am Bau stehen, müssen für unsern Bund gewonnen werden, das ist ein Gebot der Stunde! Die noch vielfach bestehende Vorurteilensmeinung gegen die Bau-Werkmeister muß beseitigt werden! Bauarbeiter und Bau-Werkmeister sind aufeinander angewiesen; ohne ein Hand-in-Handarbeiten würden Zustände an den Arbeitsplätzen entstehen, die keinem für den Fortschritt kämpfenden Menschen annehmlich sind. Der Baugewerksbund will die Gemeinschaftsarbeit. Soll die Wirtschaftlichkeit werden, dann muß die Werbearbeit unter den Bau-Werkmeistern mit allen Kräften betrieben werden!

Danzig. Seit langer Zeit versuchen die Danziger Bauunternehmer mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln, an den bestehenden Lohn- und Arbeitsbedingungen Änderungen herbeizuführen. Was ihnen bei den Bauarbeitern nicht gelang, gelang ihnen jetzt ohne jede Gegenwehr bei den Bau-Werkmeistern. Nach dem Tarifvertrage errechnete sich der Lohn auf der Grundlage des jeweiligen Tariflohnes der Facharbeiter zugleich 25 %, und zwar 144 x 240 + 878,40 = 84,46 $\frac{1}{2}$ Wochenlohn. Diejen Wochenlohn zahlten die Unternehmer, solange 48 Stunden in der Woche gearbeitet wurden. Nachdem aber durch die Bisthorffnische die tägliche Arbeitszeit gekürzt wurde, künftigen die Unternehmer den Kollieren und Schachtmeistern und stellen sie unter einseitiger Kündigung neu ein, jedoch mit der Maßgabe, daß nur die wirklich geleistete Arbeitszeit bezahlt wird. Ohne jede Gegenwehr wurde diese Außerkündigung des Tarifvertrages von den Danziger Kollieren und Schachtmeistern hingenommen. Die Unternehmer erlauben sich diese Frechheit, weil leider die organisatorische Zerrissenheit bei den Kollieren und Schachtmeistern ein einheitliches Handeln nicht zuläßt.

Glafer.

Büfcher im Glasferhandwerk. In Nr. 6 des „Lufas“ vom 7. Februar beschäftigt sich der Glasfermeister H. Reiff, Berlin, mit den Büfchern im Glasferhandwerk. Auch ein Teil der Unternehmer seien Büfcher, sie hätten das Glasferhandwerk nicht gelernt, seien Hausdiener oder Hilfsarbeiter in größeren Glasereien gewesen, hätten dann etwas dazu gelernt und sind heute Glasfermeister oder Glasereieinhaber. Das stimmt. Immerhin haben diese „Büfcher“ schon oft sehr gute Arbeit geleistet; doch das soll uns hier nicht angehen. Da aber Herr Reiff eine gewisse Schuld an diesen Zuständen unserer Organisation aufzudecken will, wobei er behauptet, im Jahre 1924 habe Gieseler einen Bescheid über eine Bescheinigung, wonach er als Glasfer in einem Glasereibetriebe gearbeitet hat. Es werden natürlich auch Glasferhilfsarbeiter eingetragen, wenn sie sich als solche ausweisen. Doch dies kommt selten vor, da für sie keine Arbeit nachgewiesen werden kann. Trotzdem gibt es auch im Glasfergewerbe sehr viele „gelenkte“ Büfcher. Seit 2 Jahren kann der Berliner Glasfermeister ein Bild davon singen. Junge Glasfermeister, kaum 3 Tage aus der Lehre, werden eingetragen. Sind sie an der Reihe, werden sie vernichtet und kommen nach 2 bis 3 Tagen wieder. Dann ruft der Unternehmer an: „Was haben Sie mir da für Leute geschickt, die können ja nicht einmal eine Schale fertigen; die legen ja beim Hintertreiben den Finger an. Scharfen Sie mir sofort ein paar andere, aber solche, die etwas leisten können.“ Da Herr Reiff, der Arbeitsmarkt-

weis hat doch die Leute nicht ausgebildet. Das waren doch die Herren Glasermeister! Aber bei denen handelt es sich oft nur darum, für eine bestimmte Zeit und billiges Geld einen Kartenzücker zu haben. ...

Submissionskstätten im Oelgewerbe. Ueber eine Fensterlieferung für das Verwaltungsgesäude der Handelskammer in Cypeln wird in unserer „Rundschau“ berichtet. ...

Ärztler und Glaserleger. Gestwis i. Anhalt. Die Fabrikanten der Geschirrfabrik bedürftigen, den ungeheuer „hohen“ Stundenlohn von 67 3/4 auf 60 3/4 herabzusetzen und den Affordobahn um 5 % zu kürzen. ...

Freivalbau. Die Unternehmer der Freivalbau-Ärztlerbetriebe haben den bestehenden Scheidensvertrag gekündigt. Die Gründe dieser Kündigung haben die Unternehmer bis heute verschwiegen. ...

Münster. Wegen der schwierigen Geldbeschaffung hatten die bei der Firma Heinrich Hixmann in Münster beschäftigten Oefenheuer unter unpünktlicher Lohnzahlung zu leiden. ...

Muska. Das hier die Geschirrfabrikanten das Lohnabkommen gekündigt haben, verbunden uns bei deren geistiger Einstellung nicht. Da nicht annehmen ist, daß diese Herren auf die Stundenlöhne, die für männliche Arbeiter 46 1/2 bis 55 3/4 betragen, etwas zulegen wollen, ...

Kauf. Wie wir erfahren, ist einige Tage nach seinem 75. Geburtstag der Oefenfabrikant Herr Georg Banke plötzlich verstorben.

Magdeburg. Unsere Sachgruppe hielt am 6. Februar ihre Jahresversammlung ab. Kollege Lange berichtete über die Organisationsarbeit im Jahre 1925. Die Unternehmer wollten im November 1924 nicht über einen neuen Tarifvertrag verhandeln, auch die Lohnsätze wollten sie nicht regeln. ...

Die Berechnung nach halben Krügen sei nicht zu empfehlen. Gegen dieses anmaßende Gebotren legen wir Verwahrung ein; die Lohnkommission wurde beauftragt, nochmals zu verhandeln. ...

Die Einzeichnung in die Eintragungslisten zum Volksbegehren auf Entziehung der Fürstenvermögen findet in der Zeit vom 4. bis 17. März statt. Kein Kollege darf die Einzeichnung versäumen!

alle organisationsfähigen Kollegen erfasst hat, zeigt dieser feste Zusammenschluß den Vorteil der Organisation. Auch im Baugewerksbund haben die Oefenheuer an der Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen mit den größten Anteil. ...

München. Den Oefenheuern ist von den Internen der Tarif gekündigt. Es ist beabsichtigt, „nur“ 30 % vom Stundenlohn abzugeben und auch die Affordobahn um 30 % zu kürzen. ...

Muska. Das hier die Geschirrfabrikanten das Lohnabkommen gekündigt haben, verbunden uns bei deren geistiger Einstellung nicht. Da nicht annehmen ist, daß diese Herren auf die Stundenlöhne, die für männliche Arbeiter 46 1/2 bis 55 3/4 betragen, etwas zulegen wollen, ...

Internationale Bauarbeiterbewegung Gewerkschaftliche Werbearbeit unter den italienischen Wanderarbeitern.

(B-I) Das faschistische Regime in Italien macht es uns unmöglich, die früher geübte Art von Propaganda und Aufklärungsarbeit unter den italienischen Arbeitern in ihrer Heimat anzuwenden. ...

porationen sein. Dadurch wächst die Gefahr, dass der Faschismus sich auch im Auslande unter den italienischen Arbeitern ausbreitet. ...

Die Gefahr wächst in dem Masse, als es dem Faschismus in Italien gelingt, seine Zwangsorganisationen auszuweihen auf die nach dem Auslande gehenden Arbeiter. ...

Unter diesen Gesichtspunkten war jene Konferenz zustande gekommen, die am 13. Februar 1924 in Paris im Hause des französischen Gewerkschaftsbundes (CGT) getagt hat. Teilnehmer waren die CGT, der Französischer und der Italienische Bauarbeiterverband, ...

Allgemeine Rundschau

Vorkriegsmiete frühestens 1. Juli 1926! Der Steuer-ausschuß des Reichstages beschloß sich am 20. Februar mit dem sozialdemokratischen Antrag auf Hin- und Hinführung des Terms für Einführung der Vorkriegsmiete in den einzelnen Ländern. ...

Bewirtschaftende Konferenz der Arbeitsminister. Die englische Regierung beschloß, die Konferenz der Arbeitsminister von England, Frankreich, Belgien und Italien im März einzuberufen. ...

Submissionskstätten. In Rom werden sollen Straßbauarbeiten ausgeschrieben werden. 25 Internen reichten Angebote ein. Mindestfordernde sind Gebüder sein mit 28 941,30 M. ...

93 612 M nicht machen. — Zwischen dem Berliner Schlachthof und den Fleischverkaufshallen soll ein Verbindungstunnel gebaut werden, den Mosbach & Co. für 48 884 M bauen wollen, über ihnen stehen noch 50 andere Unternehmer mit ihren Angeboten, als Weisforderer Emil Heller mit 142 415,50 M. — Für den Bau von Fenstern für ein Verwaltungsgebäude in Döppeln will Märkischer in Carlsruhe i. O. Schl. nur 8857,80 M haben, während Joh. Strüging, Beuthen, es unter 21 624 M nicht tun kann. — Die Deutsche Reichsbahn will die Linie Dresden — Wodensbach fünfjährig ausbauen lassen. Für ein Boos fordern Walter & Co. 145 646,90 M, Wagner & Geniesch dagegen 257 940 M. — In Friedrichsfelde soll ein schmiedeeiserner Wasserbehälter erstellt werden, für den Scherel 16 772,50 M verlangt, während der „Obersteifische Eisenbau“ ihn unter 35 200,86 M nicht liefern kann. — In Raffel ist eine kleine Erbsenarbeit zu bezogen, die Schönewolf für 8190,68 M ausführen will, Kaiser muß aber 28 727,70 M dafür haben. — In Berlin-Permsdorf soll ein Neigungstunnel gebaut werden. Für die nötigen Erd- und Maurerarbeiten will F. C. Hanke nur 11 408,90 M haben, während 63 andere Firmen mehr haben müßten, bis zu Oskar Köhler, der die Arbeiten unter 273 870 M nicht übernehmen kann. — Alle diese Unternehmer sind bei Verhandlungen jederzeit bereit, zu beschließen, daß sie unbedingt keine höheren Böhne zahlen können und eigentlich bei diesen schlechten Zeiten jeder Lohn zu hoch sei. Nicht man sich jedoch nach diesen Submissionsergebnissen, so muß man zu der Ueberzeugung kommen, daß die Behauptungen der Herren keine vernünftigen Unterlagen haben und sie nur gefühlmäßig darauflos reden.

Bekanntmachung des Bundesvorstandes

Ergebnisbestellung. In letzter Zeit gehen beim Bundesvorstand viele Anträge ein auf Ausfertigung von Ergebnisbüchern für vorvergangene Mitgliedsbücher. Die Antragsarten sind jedoch oftmals nur recht mangelhaft ausgefüllt. Dadurch erforderlich werdende Rückfragen verzögern die Ausfertigung des Ergebnisbuchs und verursachen unnütze Zeiterverluste und Portofolien. Die Verwaltungen werden demnach ersucht, dem Bundesvorstand nur vollständig, genau und gewissenhaft ausgefüllte Antragsarten zuzulassen. Zu vermerken ist auf der Antragskarte auch ob das Mitglied alle Stempel- und sonstigen Brief- oder Gebührenträge geleistet hat. Hat das Mitglied keine dieser Beiträge oder nicht alle geleistet, so muß bemerkt werden, ob und warum das Mitglied von der Leistung befreit war. In jedem Falle muß aus der Antragskarte deutlich hervorgehen, inwieweit das Mitglied seine Beitragspflichten erfüllt hat. Hat das Mitglied Erwerbslosenunterstützung erhalten, so ist der Betrag einzutragen, die Zahl der Unterstützungsstage sowie die Zeit (von bis), für die das Mitglied Unterstützung bezogen hat. Ist die Antragskarte unvollständig ausgefüllt, so kann kein Ergebnisbuch ausgestellt werden. Hat ein Mitglied noch keine Unterstützung erhalten, so lasse man die Frage nicht einfach offen, sondern vermerke dies. — Ergebnisbücher werden nur im Bureau des Bundesvorstandes ausgestellt. Vorstände der Baugewerkschaften sind hierzu in keinem einzigen Falle ermächtigt. Sollten Baugewerkschaftsvorstände (Statistiker) noch im Besitze von Ergebnisbuchmarken sein, so müssen sie diese unverzüglich dem Bundesvorstand zuführen.

Ausgeschloffen auf Grund § 16 der Bundesstatuten sind von der Baugewerkschaft Dortmund: Gottlieb Scharje, geb. 7. 6. 82 zu Bochum (157 220); von der Baugewerkschaft Mores: Hermann Timm, Maurer, geb. 28. 11. 91 zu Klostermannsfeld (108 675), und Heinrich Weimbach, Maurer, geb. 27. 6. 67 zu Neptelen (766 515); von der Baugewerkschaft Mühlheim a. d. Ruhr: Heinrich Eckert, Maurer, geb. 18. 1. 78 zu Weidenhof (149 784), Emil Heßlich, Maurer, geb. 26. 10. 74 zu Schildberg (721 143), Johann Sonne, Maurer, geb. 22. 2. 71 zu Weßel (1 076 893), Wilhelm Bries, Maurer, geb. 18. 5. 83 zu Eitel (149 871), Joh. Damigden, Maurer, geb. 22. 7. 84 zu Weßel (650 308), Ernst Winckhoff, Maurer, geb. 18. 10. 85 zu Mühlheim (677 863), Franz Juhnke, Maurer, geb. 27. 7. 79 zu Sandau (671 467), Oskar Wilm, Maurer, geb. 8. 9. 82 zu Hermannsdorf (883 728), Georg Bachmann, Maurer, geb. 22. 1. 77 zu Oberfuß (674 727), Bernh. Heßna, Hilfsarbeiter, geb. 2. 3. 78 zu Neßbe (726 000), Wilh. Evering, Hilfsarbeiter, geb. 21. 6. 00 zu Liebern (725 577), Eduard Neese, Hilfsarbeiter, geb. 10. 9. 99 zu Schwelmort (723 075), und Franz Schulz, Hilfsarbeiter, geb. 6. 1. 75 zu Weßel (149 717); von der Baugewerkschaft München: Joh. Neumaier, Hilfsarbeiter, geb. 2. 2. 98 zu Oching, Martin Fabisch,

Für die Woche vom 28. Febr. bis 6. März ist der 10. Bundesbeitrag für 1926 zu zahlen.

Hilfsarbeiter, geb. 12. 4. 72 zu Dellenhausen, und Joh. Winterfeiger, Zementierer, geb. 3. 11. 75 zu Jfen, alle drei wegen Unterfälligkeit; von der Baugewerkschaft Pafchau: Aug. Seipelt, Hilfsarbeiter, geb. 7. 6. 97 zu Pafchau (1 017 888); von der Baugewerkschaft Stargard i. Pom.: Wilh. Deriz, geb. 9. 9. 06 zu Rallies (1 082 573).

Gestohlen ist in Eisenburg das Mitgliedsbuch des Kollegen Paul Hermann, Maurer, geb. 12. 6. 96 zu Pafchowitz (580 288).

Vom 16. bis 22. Februar haben folgende Baugewerkschaften Gelder an die Hauptkasse gezahlt: Augsburg 1000 M, Breslau (Bezirk) 1000, Gültow 40, Neumarkt i. Holst. 134,25, Ravensburg 150.

Kalender: Berlin 75 M, Gadebusch 3,75, Hamburg 75, Meer 11,25, Neustadt i. Holst. 8,75, Kreuznach 75, Parchim 18,75, Pafchau 1,50, Todenborf 9.

Futterale: Berlin 40 M, Chemnitz 40, Gadebusch 4, Pafchau 8.

Markenmappen: Gültow 3 M. Bundesnadeln: Gleiwiß 7,50 M, Güten 50, Erbing 8. Verschiedene Schriften: Hamburg 1,50 M, Berlin 15.

Der Bundesvorstand.

Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Deutschen Bauarbeiter, (Grundstein zur Einigkeit)

Den Ortsverwaltungen und Mitgliedern zur Kenntnis, daß alle neugewählten örtlichen Verwaltungsräten hiermit gemäß § 17 Ziffer 5 der Satzung beauftragt sind. Ferner machen wir darauf aufmerksam, daß vom 1. März 1926 an die Beiträge in allen Klassen um 10 % erhöht werden. Das Reichsaufsichtsammt für Privatversicherung hat uns hierzu

unterm 19. Februar 1926 die Genehmigung erteilt mit dem Zusatz, daß diese Satzungsänderung nachträglich von den nächsten Generalversammlung bestätigt werden muß. Die Ortsverwaltungen werden ersucht, den Mitgliedern das Mitblatt 1 betanztzugeben. Der Nachtrag 18 wird den Mitgliedern mit den Abrechnungsformularen zugesandt; jedes Mitglied erhält einen Nachtrag.

Der Vorstand. J. M.: M. Deeg.

Gedenktafel verstorbener Mitglieder.

Allenburg, (Boberich) Jul. Käbner, Maurer, 73 Jahre. Bamberg, Peter Seibold, Maurer, 48 Jahre alt. Simon Ott, Hilfsarbeiter, 47 Jahre alt. Pankratz Grasser, Hilfsarbeiter, 69 Jahre alt. Bayreuth, (Gemeindefürs.) Paul Kramer, Maurer, 42 J. Bielefeld, August Füllert, Hilfsarb., 86 Jahre alt. Danzig, Gustav Schöpke, Hilfsarb., 50 Jahre alt. Darmstadt, (Beitragl.) Mich. Bretsch, Maurer, 72 J. (Ober-Roden.) Karl Rupp, Maurer, 44 Jahre alt. Dresden, Otto Hoffmann, Maurer, 55 Jahre alt. Herbert Kuboch, Hilfsarbeiter, 26 Jahre alt. Wenzel Luft, Hilfsarbeiter, 70 Jahre alt. Frankfurt a. M. (Waldhof.) Jakob Pons, Maurer, 53 J. (Wehrheim.) Christian Veltz, Maurer, 34 Jahre alt. Gleiwiß, (Yellowa.) Franz Buhl, Maurer, 51 Jahre alt. (Hindenburg.) Karl Willim, Maurer, 55 Jahre alt. Gagen. (Schwerte.) Julius Limpak, 53 Jahre alt. Hamburg, Heinrich Arps, Arbeiter, 40 Jahre alt. (Wandsb.) Bruno Mansfeldt, Maurer, 34 Jahre alt. Hoi. Max Dorsch, Maurer, 23 Jahre alt. Leipzig, Gustav Herker, Maurer, 71 Jahre alt. (Kleinleina.) Adolf Blume, Maurer, 62 Jahre alt. Magdeburg, Max Zehle, Zöpfer, 68 Jahre alt. Hermann Reuscher, Arbeiter, 50 Jahre alt. Meissen, Alfred Reichelt, Zöpfer, 50 Jahre alt. Minden i. B. (Bantenf.) Wilh. Klömler, Hilfsarb. Nordde. Alfons Schubert, Maurer, 36 Jahre alt. Nordhausen, (Gleich.) Aug. Reinhardt, Maurer, 70 J. (Scheibende.) Karl Steinmetz, Maurer, 51 Jahre alt. Obernburg, (Pafschoda.) Louis Mann, Hilfsarb., 64 J. Stargard i. B. (Daber.) Otto Moratz, Maurerpol., 43 J. Torgau, (Schiffbau.) Wilh. Winkler, Maurer, 46 Jahre. Zeitz, Albert Schulze, Dfenfeger, 22 Jahre alt. (Kirchweib.) Traugott Delitzscher, Maurer, 62 Jahre. (Mintw.) Albin Gerth, Maurer, 51 Jahre alt. Ehre ihrem Andenken!

Bau- und Erbsenarbeitergenossenschaft „Jubiläum“ Nürnberg-Fürth und Umgebung, G. m. b. H. in Liquidation. Donnerstag, den 4. März, abends 7 Uhr, im „Gala Saal“, Bredelsstraße 16: Außerordentliche Generalversammlung. Bericht über den Verlauf der Liquidation und Entlastung der Liquidatoren. Hans Wopp, Anton Umber, Wilh. Stippel.

Baug. Allenstein. Sämtliche Aufträge und Entbindungen sind zum 1. März an zu richten an Hermann Unterpenn, Allenstein, Joachimstraße 5.

Franz Dumberth, freiber. Maurer, mede sofort Belohnung, Stützzeit, Zeiner, Mutter Frau Dumberth, Gröningen bei Karlsruhe, Lindenplatz 3.

Josef Schöner, freiber. Maurer, wo steht Du? Bis keine Antwort, Wilhelmsch. Schröder, freiber. Maurer, Baugewerkschaft Saarbrücken.

Sie sparen bis 100%
Große Farmar-Zigarren! Statt 100 St. nur 60, 80 St. nach Ueberssee-Rauchtabelle 7,50 M. per Pfund an. Preisl. amsonst. Zigarren-Fabrik Gebr. Weckmann, Hanau 13.

Einkommen
Taschenbuch des Bauführers
gesamte schließfertige Bauplanführung. Mit Plänen 3 Mark Nachnahme. Westd. Bauzeitung, Köln, Drussung 1.

Kugelnkäse
2 rote Kugeln, 9 M. 4,50. Porto und Verpackung frei. Klünder & Co., Nortorf in Holstein.

Wein billiger Bier
als hier von Weingutbesitzer Heinrich Götz, Bacharach 82, Rheingau.

Beste Rhein-Mosel-Rotweine billigst.
Liste ums. Güntingz. Zahl-Bedingung: 2 Pf. Postp. Nachnahme. Gütegeprüft. Vertreter gesucht!

Besten Bettens
Langjährige Garantie. Kautschuk und Federn mit über 50 verschiedenen Preisen frei. Umhüllung oder Gold umhüll. Versand nach Nachnahme. Bettens H. 055, 149; Hildesheim, Hk. 219, 159; Bismarck, Hk. 216, 11.

Alle Waren
Verandhaus Fritz Ulrich
Mechanische Berufs- und Sportkleider-Fabrik Altona b. Hamburg, Gustavstraße 58/60. Berufsleidung, Werkzeuge, Teatholz, Wasserwaagen „Teatin“, Zylinder, Hüte. — Preisliste gratis und franco. —

Wichtig
für jedermann!
Rote Kugelnkäse
2 Kug. — 9 M. 4,50, 65, 9 M. rote Tafelk. 3,95, 9 M. gelbe Brodenk. 4,25, 9 M. dan. Ed. Fettk. 7,90, 9 M. dan. Tafel-Pettkase 8,90, 9 M. dan. Schow. Fettk. 9,90 frei. bleib. ab hier Nachn.

H. Krogmann,
Nortorf i. H. Nr. 563.

Tragt Cuc
Bundes- (P) absetzen!

aus prima dichten Körper.
Bettens

aus prima dichten Körper.
Bettens

aus prima dichten Körper.
Bettens

aus prima dichten Körper.
Bettens

Bettmässen
Befreit sofort. Alter und Geschlecht unbed. Auskunftsmonst. Institut Englbrecht, München B 554, Maistraße 10.

Husten, Atemnot, Verschleimung
Schreibe allen gern umsonst, womit sich schon viele Tausend, v. ihr. Qual befreit. Nur Rückmark. erw. Weither Althaus, Heiligentadt, (Eichsfeld) H. V. 173.

Ausbildung Polier u. Meister
Westdeutsche Bauzeitung, Köln, Drussung, 12. ohne Vorkenntn. Ansf. Ausk. frei.

Honig
Gute starke Cigars Manchester, Loden, Reikör, Anzugstoffe. Kleider- Besamte 7,20, bis 16 M lang. Must. 8 Tage z. Wahl. Samthaus Schmidt, Hannover 65 R.

Louis Mosberg, Bielefeld
Spezialfabrik für Berufs- u. Sportkleidung — Zylinder — Teatholz — Wasserwaagen — Wasserleitföhren Wenn am Platze nicht vertreten, Versand ab Bielefeld. Preisliste gratis.

Carl Ramm,
Nortorf (H.) Nr. 22 b.

SIGURD RÄDER
Enorm billig und doch gut!
Fordern Sie gratis und franco KATALOG von der „SIGURD“-GESELLSCHAFT m.b.H. CASSEL 368.

Unverändert in Preis u. Güte!
53
Constantin Cigarette
TACO SILBER

Käse
postfrei ins Haus
Kugelnkäse, Edamer Form, 2 Käfte, ca. 9 M, 4,85
Tafelkäse, Broiform, 2 Stück, ca. 9 M, 4,85
Zurücknahme, wenn nicht gefüllt. Preisliste über weitere Lebensmittel kostenlos.
Gustav Westphal,
Altona 114, Hamburg.